60. JAHRGANG • SEPTEMBER 09 2006

Städte- und Gemeinderat

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN

THEMA

Senioren

AUSSERDEM

Kassenprüfung
Gebäudemanagement
60 Jahre NRW

StGB NRW · Kaiserswerther Str. 199–201 · 40474 Düsseldorf
PVSt · Deutsche Post AG · „Entgelt bezahlt“ · G 20 167

STÄDTE- UND GEMEINDERAT
Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Wir werden immer älter - eine Binsenweisheit. Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Deutschland sind allseits bekannt. Ein geringer Bevölkerungsrückgang insgesamt, dabei Schrumpfung und Wachstum je nach Ort und Region verschieden, deutlich weniger Kinder und Jugendliche, dafür immer mehr ältere Menschen und Hochbetagte.
Doch was bedeutet der „Seniorenboom" für die Kommunen? Die überkommene, vorwiegend auf Hilfe und Betreuung fokussierte Altenarbeit muss weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Denn aus einer recht homogenen Bevölkerungsgruppe ist eine ganze Generation geworden, die von den fitten „jungen Alten" über die aktiven Ruheständler bis zu den hilfebedürftigen über 90-Jährigen reicht. All diese - wenngleich im dritten Lebensabschnitt - haben unterschiedliche, oft fast gegensätzliche Interessen. Wie in anderen Lebensbereichen auch kann die Kommune nicht Einzelwünsche bevorzugt bedienen, sondern muss allen ein Stück weit gerecht werden.
Allein wegen ihrer Kaufkraft kann man die älteren Menschen nicht ignorieren. Viele Rentner sind wirtschaftlich gut gestellt und wollen ihr Geld ausgeben. Dafür verlangen sie aber Waren und Dienstleistungen, die an ihre Situation angepasst sind. Dies betrifft Essen, Kleidung und Autos, aber auch den Besuch von Schwimmbad oder Theater. Der Städte- und Gemeindebund NRW hat die zunehmende Bedeutung der Senioren als Wirtschaftsfaktor frühzeitig erkannt und seine Mitgliedskommunen dafür sensibilisiert.
Eine wachsende Zahl älterer Menschen heißt auch neue Anforderungen an die kommunale Infrastruktur. Das Ziel „Barrierefreiheit" gewinnt dadurch zusätzlich an Bedeutung. Ob Sportstätten, Betreuungsräume oder Verwaltungsgebäude - die zunehmende Nutzung durch ältere Menschen muss bei jeder Neuplanung oder Renovierung mit bedacht werden.
Wo immer mehr Menschen den Ruhestand aktiv erleben, wollen sie auch das kommunale Geschehen mitgestalten. Noch immer ist es Aufgabe des demokratisch gewählten Rates, die Interessen sämtlicher Bürger und Bürgerinnen wahrzunehmen. Hilfestellung braucht und bekommt er aber von beratenden Gremien. Hier kann ein freiwilliger Seniorenbeirat oder Seniorenausschuss sinnvoll zuarbeiten.
Bei allen Aktivitäten und Reformprojekten im Bereich Senioren konnten die Kommunen stets auf eine gute Zusammenarbeit mit der jeweiligen NRW-Landesregierung bauen. Es wäre schön, wenn sich dieses Modell einer „Weiterentwicklung im Konsens" auch auf andere Gebiete übertragen ließe.

Dr. Bernd Jürgen Schneider
Hauptgeschäftsführer StGB NRW

Recht der Kommunalfinanzen

Abgaben - Haushalt - Finanzausgleich, v. Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Prof. Dr. Hermann Pünder, LL.M. Prof. Dr. Christian Waldhoff, Verlag C.H. Beck, 2006, 841 S., 158 Euro, ISBN 3-406-54263-8

Die Finanzen vieler Kommunen sind in einem desolaten Zustand. Das Werk fasst den aktuellen Wissensstand zu den meisten Aspekten des Themas „Kommunalfinanzen“ sorgfältig, fundiert und kompetent zusammen. Ausgewiesene Experten behandeln das Abgabenrecht, das Haushaltsrecht sowie das Finanzausgleichsrecht von Gemeinden und Kreisen. Aber auch andere wichtige Themen wie das Konzessionsabgabenrecht oder das kommunale Kassenrecht finden Berücksichtigung. Zu begrüßen ist auch die separate Darstellung von „Querschnittsthemen“ wie „Lenkungszwecke kommunaler Abgaben“ oder „Rechtsschutz gegen kommunale Abgabenforderungen“. Ausführliche Literatur- und Rechtsprechungshinweise erleichtern den vertieften Einstieg in Einzelprobleme.

Virtuelles Rathaus NRW 2006

Studie zum Internetauftritt der nordrhein-westfälischen Städte und Kommunen, hrsg. v. Informationsbüro d-NRW, dort kostenlos zu bez. über Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG, Lise-Meitner-Allee 4, 44801 Bochum oder herunterzuladen unter http://egovernmentplattform.de/fileadmin/user_upload/PDF/Virtuelles_Rathaus_NRW2006.pdf

Das Virtuelle Rathaus gilt als der Behördenservice der Zukunft. Einige wenige Mausklicks sollen so manchen Behördengang unnötig machen. Ob und wie gut das in NRW bereits funktioniert, haben Wissenschaftler des Europäischen Forschungszentrums für Informationssysteme (ERCIS) der Universität Münster untersucht. In der vom Informationsbüro d-NRW in Auftrag gegebenen Studie vergleichen sie die Internetangebote aller 396 Städte und Gemeinden sowie 31 Kreise in NRW. Danach ist hinsichtlich der allgemeinen Qualität der Internetauftritte und der angebotenen Informationen „ein guter Stand“ erreicht. In den Bereichen Auffindbarkeit, Navigation und Dienstleistungen ergebe sich aber ein gemischtes Bild. Die Wissenschaftler empfehlen daher, den Austausch zwischen den Kommunen zu intensivieren, um so von einander zu lernen. Im Rahmen der Studie wurden auch Preise vergeben - so an die Städte Rhede, Bocholt und Bochum sowie den Kreis Warendorf.

Landesumweltamt Nordrhein-Westfalen - Jahresbericht

Hrsg. v. Landesumweltamt NRW, A 4, 76 S., kostenfrei zu bez. beim Landesumweltamt NRW, Postfach, 45023 Essen, oder herunterzuladen unter www.lua.nrw.de/veroeffentlichungen

Die Ozonspitzenwerte in NRW sind seit 1990 um 20 bis 30 Prozent gesunken. Im Stadtgebiet von Altena tritt statistisch gesehen die Lenne zweimal im Jahr über ihre Ufer. Und am Niederrhein gingen in den vergangenen Jahren heimische Arten wie Egel und Mücken zurück. Dagegen stieg die Zahl gebietsfremder Arten wie Krebstiere oder Muscheln. Diese und weitere Daten und Fakten hat das Landesumweltamt NRW (LUA NRW) in seinem Jahresbericht zusammengetragen. Die Beiträge aus den Bereichen Luft, Wasser, Boden, Altlasten, Abfall, Geräusche und Elektrosmog, Anlagentechnik und -sicherheit sowie Umweltinformationssysteme sollen die Vielfalt der aktuellen Tätigkeiten des LUA NRW widerspiegeln. Informationen zum LUA, zur Öffentlichkeitsarbeit und zu Veröffentlichungen runden den Jahresbericht ab.

INHALT

60. Jahrgang
September 2006

BÜCHER UND MEDIEN 4
NACHRICHTEN 5

THEMA SENIOREN

ARMIN LASCHET
Die neue Generationenpolitik der NRW-Landesregierung 6

HANS-JOSEF VOGEL, MARITA GERWIN
„Zukunft Alter - Netzwerke für die 2. Lebenshälfte“ in der Stadt Arnsberg 8

ANNETTE NIEDERFRANKE
Das bundesweite Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser 11

URSULA WOLTERING
Das Projekt „Älter werden in Ahlen“ 13

BIRGIT OTTENSMEIER
Pilotprojekt „Neues Altern in der Stadt“ der Bertelsmann Stiftung 15

WERNER GÖPFERT-DIVIVIER
Wirkungsorientierte Steuerung in der Altenhilfe 17

60 Jahre Nordrhein-Westfalen 20

ULRIKE LIEBAU
Neugestaltung des Stadtgartens Pulheim unter Gender-Gesichtspunkten 22

Die Römer in Westfalen - Korrektur eines Geschichtsbildes 25

HARRY VOIGTSBERGER
Innovative Strategien beim LVR-Gebäude- und Liegenschaftsmanagement 28

MARIANNE WOLF
Hilfestellung der GPA NRW bei der Kassenprüfung 31

IT-NEWS 32
GERICHT IN KÜRZE 33
PERSÖNLICHES 34

Titelfoto: wolterfoto

Auch 2005 weniger Menschen in NRW

Die Bevölkerung in NRW hat weiter abgenommen. Nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW zählte das bevölkerungsreichste Bundesland am 31. Dezember 2005 insgesamt 18.058.105 Einwohner. Das waren 17.247 weniger als Ende 2004. Die Zahl der Geborenen erreichte mit 153.372 einen historischen Tiefstand. Die Zahl der Sterbefälle lag mit 186.427 um etwa 2.000 höher als im Vorjahr. Obwohl 2005 mehr Menschen ins Land kamen als es verließen, reichte der „Wanderungsgewinn" von knapp 16.000 Personen nicht aus, um den „Sterbefallüberschuss" von gut 33.000 auszugleichen. Größte Stadt in NRW ist weiterhin Köln mit 983.347 Einwohnern. Kleinste Gemeinde ist **Dahlem** mit 4.282 Einwohnern.

Kommunen für innovative Ideen ausgezeichnet

Die Städte **Xanten, Hilden, Espelkamp, Meschede, Schwelm, Gevelsberg** sowie **Ennepetal** gehören zu den Preisträgern im Ideenwettbewerb der NRW.BANK. Bei dem erstmalig ausgetragenen Wettbewerb beteiligten sich nach Angaben des Geldinstituts fast 70 NRW-Kommunen und -Kreise mit mehr als 100 innovativen Projekten aus den Bereichen „Neue Wege der kommunalen Serviceleistungen", „Innovative Wirtschafts- und Standortförderung", „Strukturwandel und demografischer Wandel" sowie „Innovationsideen aus der kommunalen Verwaltung". Ziel des Wettbewerbs war es, wegweisende Konzepte aus den Verwaltungen bekannt zu machen und Ideen an andere Verwaltungen weiterzugeben. Ausgezeichnet wurden insgesamt 16 Kommunen.

Per Mausklick zu Familiennamen in Westfalen-Lippe

Was noch vor einigen Jahren nur durch mühsames Auswerten von Telefonbüchern herauszufinden war, kann nun sekundenschnell per Mausklick erledigt werden: Namensforschung. Unter www.lwl.org/familiennamen-in-westfalen präsentiert der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) im Internet eine Suchmaske, welche die regionale Verbreitung von Namen ermittelt. Die Kommission für Mundart- und Namensforschung des LWL realisierte dieses bundesweit einmalige Angebot, das auf mehr als 3,1 Mio. Daten der Telefonanschlüsse in Westfalen zurückgreift. Jeder Nutzer kann sich Häufigkeit und geografische Verbreitung von Familiennamen in Westfalen-Lippe auf einer Karte sowie in Zahlen anzeigen lassen.

Daten über Hebesätze der Kommunen

Die bundesweite Übersicht über kommunale Hebesätze der Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, der Grundsteuer B für andere Grundstücke sowie der Gewerbesteuer für das Jahr 2005 liegt vor. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW mitteilt, reichte die Spanne der örtlichen Hebesätze in NRW bei der Grundsteuer A von 145 Prozent bis 380 Prozent. Bei der Grundsteuer B lagen die örtlichen Hebsätze zwischen 230 und 530 Prozent. Der Gewerbesteuerhebesatz differierte zwischen 310 und 490 Prozent.

Solarturmkraftwerk zur Stromerzeugung geplant

In der Stadt **Jülich** ist der Startschuss für den Bau eines solarthermischen Versuchs- und Demonstrationskraftwerks gefallen. Es soll ab 2008 Strom aus Sonnenwärme erzeugen. Dafür wird Sonnenstrahlung über Spiegel auf einen 50 Meter hohen Turm gerichtet. Dabei entstehen Temperaturen um 1.000 Grad, so dass große Mengen Wasser verdampfen. Der Dampf treibt eine Turbine, und der so produzierte Strom fließt ins öffentliche Netz. Geplant wurde das Kraftwerk von den Stadtwerken Jülich, dem Solar-Institut Jülich, der Fachhochschule Aachen, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V. sowie den Kraftanlagen München. Die Wirtschaftsministerien aus NRW und Bayern sowie das Bundesumweltministerium fördern das 21,7 Mio. teure Projekt mit 10,6 Mio. Euro.

Landesweit 35.100 Einbürgerungen im vergangenen Jahr

Im Jahr 2005 wurden in NRW 35.100 Menschen eingebürgert, davon 16.757 Frauen und 18.343 Männer. Zwar sind das rund 5.000 weniger als 2004. Im Zehnjahresvergleich bedeutet die Zahl jedoch eine Steigerung um mehr als die Hälfte. Dies geht aus der aktuellen Einbürgerungsstatistik hervor. Von den eingebürgerten Personen in NRW wurden 17.205 unter Beibehaltung und 17.895 unter Aufgabe ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit eingebürgert. Unter den im Jahr 2005 eingebürgerten Personen stellen nach wie vor Menschen aus der Türkei mit 11.930 Einbürgerungen die größte Gruppe.

Jakobspilgerweg ab 2007 durch Westfalen

In Westfalen wird es ab dem kommenden Jahr einen Jakobspilgerweg nach historischem Vorbild geben. Der rund 170 Kilometer lange ausgeschilderte Weg wird einer alten Fernhandelsstraße von Osnabrück über Münster und Dortmund nach Wuppertal folgen. Die genaue Trasse, die unter anderem über **Lengerich, Ladbergen, Ascheberg-Herbern, Werne, Selm-Cappenberg, Lünen, Herdecke, Gevelsberg** und **Schwelm** führt, wird derzeit mit den Gemeinden vor Ort abgestimmt und bis zum Frühjahr 2007 mit der charakteristischen Jakobsmuschel beschildert. Zwei weitere Strecken in Westfalen sind in Vorbereitung. Der Wanderweg ist das Ergebnis fünfjähriger Forschung der Altertumskommission für Westfalen, die der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) finanziert.

Umgang mit Älteren statt „Altenhilfe“

Foto: Kern / Robert Bosch Stiftung

Der Anteil der alten Menschen und Hochbetagten in der Gesellschaft wird immer größer

Die NRW-Landesregierung will ein „neues Bild vom älteren Menschen" etablieren, Dienstleistungen für Senioren weiterentwickeln und den Dialog zwischen den Generationen fördern

In Nordrhein-Westfalen haben wir nach dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr ein neues Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration geschaffen - das erste seiner Art in ganz Deutschland. Wir wollten damit ein klares Zeichen setzen und die Weichen für die Zukunft stellen. Die Zeit dafür war längst reif, denn zu lange sind die Generationenpolitik an Rhein und Weser vernachlässigt und die Folgen des demografischen Wandels verdrängt worden.

Das überrascht, denn die Tatsache, dass wir eine Gesellschaft mit immer mehr älteren und immer weniger jüngeren Menschen sind, ist in Nordrhein-Westfalen nicht erst seit kurzem spürbar. Besonders bemerkbar macht sich die Verschiebung des Altersaufbaus unserer Bevölkerung in den großen Städten. Blicken wir ins Ruhrgebiet: In keiner anderen Region unseres Landes ist der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung größer als im Raum zwischen Emscher und Wupper. Auch wissen wir seit langem, dass sich demografische Veränderungen nur mit großer Zeitverzögerung rückgängig machen lassen. So könnte der in einigen Jahren drohende Bevölkerungsverlust auch dann nicht abgewendet werden, wenn die Geburtenrate von derzeit 1,3 Kindern pro Frau schlagartig auf das bestandserhaltene Niveau von zwei Kindern pro Frau stiege.

Dennoch: Zur Resignation besteht kein Anlass. Wir sind überzeugt: Der demografische Wandel ist gestaltbar - wenn es uns gelingt, die Talente, Kompetenzen, Leistungsbereitschaft und den Gestaltungswillen der älteren Bürgerinnen und Bürger stärker als bisher zu nutzen. Ältere erbringen eine Vielzahl an materiellen und immateriellen Leistungen innerhalb und außerhalb der eigenen Familie - bei der Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen, der finanziellen Unterstützung ihrer Kinder und durch ehrenamtliches Engagement in Kirchen, Vereinen und Verbänden. Und die Älteren von heute sind meist gesünder, aktiver, bildungsorientierter und selbstbewusster als die Senioren vergangener Jahrzehnte.

LEBENSABSCHNITT ALTER

Das zeigen nicht zuletzt die neueren Forschungsergebnisse der Gerontologie. So wissen wir heute, dass die Lebensspanne „Alter“ zu einem Lebensabschnitt geworden ist, der 30 und mehr Jahre andauern kann. Gleichzeitig müssen wir die einzelnen Lebenslagen und Lebensstile der Älteren differenziert betrachten, um zu angemessenen Handlungsansätzen in der Seniorenpolitik zu kommen.

Seniorenpolitik als Querschnittspolitik

So wie die Arbeitswelt immer deutlicher erkennt, dass sie auf das Potenzial und das Erfahrungswissen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht verzichten kann, gibt es in der Kultur, Politik, Umwelt, Bildung, Gesundheit und der Zivilgesellschaft Bereiche, in denen Ältere zunehmend aktiv sind. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, Seniorenpolitik stärker in diesen Querschnittsbezug zu stellen. Deutlich wird dies an den Schwerpunkten unserer Arbeit in den kommenden Jahren.

So ist es Aufgabe der Seniorenpolitik, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, Verbänden, Vereinen und Initiativen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Gesellschaft Ältere

- stärker mit ihren Interessen und ihrem Gestaltungswillen wahrnimmt,

DER AUTOR

Armin Laschet ist Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

- stärker in ihrer Selbstständigkeit unterstützt - insbesondere in veränderten Lebenssituationen, etwa bei der Bewältigung von sozialen Veränderungen oder Krankheiten,
- stärker als „Wirtschaftskraft“ wahrnimmt.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir den Dialog unter den verschiedenen Akteuren anregen, die lokale Vernetzung der Akteure unterstützen und erfolgreiche Ansätze über Veranstaltungen und Qualifizierungsangebote an die Kommunen weitergeben.

Verankerung realistischer Altersbilder

Doch all dies gelingt nur, wenn wir uns vom weit verbreiteten Bild des senilen, leistungsschwachen Senioren verabschieden. Leider sind klischeehafte und unrealistische Altersbilder in unserer Gesellschaft noch immer vorherrschend - in den Medien, den Schulen, in der Erwachsenenbildung oder der Kommunalpolitik. Diesen Trugbildern können wir nur durch die Verbesserung des Miteinanders von Jung und Alt entgegenwirken.

Wie aber lässt sich der Dialog zwischen den Generationen fördern? Wir planen noch in diesem Jahr eine Befragung in Schulen, Kindergärten und Kommunen, um Anstöße für eine Intensivierung des Dialogs zu geben. Hierzu gehört auch die Sensibilisierung gegenüber Altersdiskriminierung, wie sie oft unbemerkt am Arbeitsplatz, in der Wirtschaft, im Wohnumfeld oder im Straßenverkehr vorkommt. In Kooperation mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe, der Landesseniorenvertretung und dem Landespräventionsrat werden wir in Kürze eine Veranstaltung durchführen, um konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Qualifizierungsoffensive für Ältere

Außerdem wollen wir deutlich machen, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Kompetenzen der Älteren auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Seniorenarbeit vor Ort haben. Während früher der Betreuungsaspekt sowie die „Altenhilfe“ im Vordergrund stand, stehen heute die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Träger in stärkerem Maße vor der Aufgabe, die vielfältigen Interessen und Potenziale der Senioren zu erkunden und zur Entfaltung zu bringen. Hierzu sind veränderte Strukturen in der Arbeit mit Senioren, den Kooperationsbeziehungen sowie den Arbeitsweisen der Hauptamtlichen notwendig.

Schon heute gibt es eine Reihe erfolgreicher Qualifizierungsprojekte. Die Erfahrungen, die in diesen Projekten gesammelt wurden, wollen wir in einer Qualifizierungsoffensive bündeln. Unser Ziel ist die Verbreiterung und Sicherung wichtiger Erfolgsfaktoren in den Kommunen.

Erfahrungswissen für Ältere

Lange wurde verkannt, dass ältere Menschen neben ökonomisch wertvollen Ressourcen auch ein beachtliches Maß an Kreativität und Mobilität in die Gesellschaft einbringen. In dem von Bund und zehn Bundesländern von 2002 bis 2006 durchgeführten Projekt „Erfahrungswissen für Initiativen“ konnten allein in Nordrhein-Westfalen in acht Kommunen etwa 180 „Seniortrainerinnen“ und „Seniortrainer“ ihre Kompetenz in verschiedenen Feldern einsetzen und weiter entwickeln. Und überall dort, wo attraktive Tätigkeitsbereiche und eine entsprechende Infrastruktur in Form von Freiwilligenagenturen oder Seniorenbüros zur Verfügung stehen, sind neue Initiativen entstanden - etwa in intergenerativen Projekten sowie im Umwelt-, Kultur-, Wohn- und Medienbereich.

Die neuen Verantwortungsrollen der Älteren bedeuten aber auch steigende Anforderungen an die bestehenden Strukturen des Ehrenamtes. Verbände, Vereine, Initiativen und Kommunalverwaltungen müssen sich den veränderten Ressourcen und Ansprüchen älterer Bürgerinnen und Bürger stellen. Das geschieht längst nicht überall. Vielerorts wird über ein mangelhaftes Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamtlichkeit in den verschiedenen Einrichtungen geklagt.

Notwendig ist also mehr Flexibilität in den vorhandenen hauptberuflichen Strukturen. Unterstützt werden Einrichtungen des Ehrenamts in einigen Kommunen durch unsere begleitende Qualifizierung. Diese sieht vor, vorhandene Kompetenzen der Älteren zu systematisieren, vor Ort gemeinsam Projektideen zu entwickeln und weiterführendes Wissen zu vermitteln. Ähnliche Ziele verfolgen die örtlichen Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement, die

Foto: Kern / Robert Bosch Stiftung

Ältere Menschen können wertvolle Hilfe leisten - beispielsweise in der Kinderbetreuung

eine anteilige Förderung durch das Generationenministerium und die jeweilige Kommune erhalten.

Begegnungs- und Servicezentrum für ältere Menschen

Auch die Begegnungsstätten in Nordrhein-Westfalen stehen vor der Herausforderung, jene Formen der sozialen Arbeit zu integrieren, die der veränderten Lebenswelt unserer Senioren entsprechen und den Älteren ein differenziertes Angebot zur Verfügung stellen. Dabei werden vorhandene Strukturen, Angebote und Initiativen einbezogen. Stärker als bisher werden interessierte Senioren in die Planung und Gestaltung von Aktivitäten eingebunden, Selbsthilfe, Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement unterstützt sowie präventive Angebote ausgebaut.

Eine besondere Herausforderung an die Neugestaltung der Seniorenarbeit in den Begegnungsstätten stellen die Hochbetagten dar. Niedrigschwellige Angebote - etwa die Unterstützung vorhandener Netzwerke und Nachbarschaftshilfe -, der Aufbau von Besuchs- und Begleitdiensten sowie Angebote zur Alltagsstrukturierung stellen wirksame Beispiele dar.

Der Fokus der Qualifizierung „Aufwind“ liegt in der Konzept- und Organisationsentwicklung von Begegnungsstätten. Dies geschieht im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme und Prozessbegleitung hauptamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Begegnungsstätten in unterschiedlicher Trägerschaft und aus verschie-

denen Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Das bundesweite Programm der „Mehrgenerationenhäuser“, das eine Integration von Service- und Betreuungsleistungen für Jung und Alt vorsieht, steht hier ab Herbst 2006 ergänzend zur Seite.

„Lernlabor“ Ahlen

In der Stadt Ahlen, die an dem Modellprojekt „Weiterentwicklung komplementärer Dienste“ (2003 bis 2006) beteiligt war, wurde die Vernetzung, Informationsverbesserung und Angebotserweiterung der ehrenamtlich geführten Begegnungsstätten erprobt. Von diesen Erfahrungen sollen im Rahmen eines erweiterten Qualifizierungsangebotes weitere Kommunen und Einrichtungen profitieren.

Vernetzung und Beteiligung bei der Planung

In allen seniorenpolitischen Modellprojekten, die in den vergangenen Jahren vom Land gefördert wurden, hat sich gezeigt, dass zwei wesentliche Bedingungen nötig sind, um zu einer effektiven Weiterentwicklung sozialer Dienste für Ältere zu kommen. Zum einen sind es die Vernetzung und die Zusammenarbeit der bestehenden Dienste und Anbieter. Zum anderen ist es die Steuerungsfunktion, die Kommunen vor Ort in Zusammenarbeit mit den Trägern und Akteuren übernehmen müssen. Dazu gehören eine Ressort übergreifende Zusammenarbeit in der kommunalen Verwaltung, eine transparente Entscheidungsstruktur und beteiligungsorientierte Planungsinstrumente.

So wird seitens der Senioren bei der Planung von Wohnungen, der Gestaltung des Wohnumfelds und einer seniorengerechten Infrastruktur mehr Engagement als bisher gefragt sein. Es wäre schön, wenn bald mehr Kommunen die Älteren bei der Stadt- und Quartiersentwicklung einbezögen. Hier möchte das Land unterstützend tätig werden. Um ein bedarfsgerechtes und zukunftsfähiges Angebot in den Quartieren und Gemeinden zu ermöglichen, regen wir eine Kooperation zwischen aktiven Älteren, Kommunen, Wohnungsunternehmen, Investoren und Dienstleistern an. Wir sind überzeugt: Die Attraktivität unserer Kommunen wird für die wachsende Zahl der Senioren nicht zuletzt vom Erfolg dieser Kooperation abhängen.

Das gute Gefühl, im Alter gebraucht zu sein

Fotos: Kern / Robert Bosch Stiftung

Die Zeitung „Sicht“ von und für Seniorinnen und Senioren ist nur ein Projekt der älteren Generation in Arnsberg

Die Stadt Arnsberg hilft, Netzwerke innerhalb der Älteren, aber auch zwischen den Generationen aufzubauen, um das Potenzial der Senioren für die Gemeinschaft zu erschließen

Die Stadt Arnsberg verfolgt seit einigen Jahren - im Schulterschluss mit Politik, Verwaltung, Institutionen und Bürgerschaft - das Ziel, den demografischen Wandel mit all seinen Facetten und Themenfeldern aktiv zu gestalten. Ein Arbeitsfeld umfasst den Bereich „Leben im Alter“. Hierzu hat die Stadt in der Verwaltung eine Koordinationsstelle „Zukunft Alter in Arnsberg“ eingerichtet. Diese ist verantwortlich für Konzeption, Steuerung und Vernetzung der Aktivitäten, Projekte sowie Initiativen im Rahmen des Themenfeldes. Sie bündelt und strukturiert Entwicklungen zur Veränderung des Altersbildes und erschließt neue Verantwortungsrollen sowie Netzwerksysteme für Bürgerinnen und Bürger in der zweiten Lebenshälfte.

Die Senioren-Generation hat ein unschätzbares Kapital: Zeit. Wie man aus vielen Projekten weiß, haben die Älteren Lust, diese neu gewonnene Zeit sinnvoll zu nutzen. Dabei wollen sie Neues lernen, Erfahrungen und Wissen weitergeben, um sich in Wirtschaft und Gesellschaft zu engagieren - zum Wohle der eigenen Stadt, aber auch für sich selbst. Die Älteren wollen etwas dafür haben: Lebensqualität, Gemeinschaftserfahrung sowie eigene Gestaltungs- und Partizipationschancen. Es gilt nun, Ideen zu entwickeln, Kooperationspartner ins Boot zu holen und Institutionen von Grund auf für das neue Engagement der älteren Generation zu öffnen.

Das Potenzial der Älteren muss im Interesse der Älteren selbst und im Interesse der

DIE AUTOREN
Hans-Josef Vogel ist Bürgermeister der Stadt Arnsberg, **Marita Gerwin** ist Leiterin der Koordinierungsstelle „Zukunft Alter in Arnsberg“

Gemeinschaft aktiviert werden. Denn die Gesellschaft benötigt in Zukunft mehr denn je Menschen, die Verantwortung übernehmen, zum Beispiel

- um alle Kinder und Jugendliche stark zu machen,
- um hochbetagte Menschen zu unterstützen,
- um die Integration ausländischer Familien zu erleichtern,
- um beim Start in den Beruf zu begleiten,
- um den Dialog der Generationen anzuregen,
- um allgemein bildende Schulen und Berufskollegs in ihrem Bildungsauftrag zu stützen und zu stärken,
- um Netzwerkstrukturen für ein besseres Leben mit Demenz zu entwickeln und vieles mehr.

Gesucht werden Großväter, „Ersatzopas und -omas“, die Zeit zum Spiel, zum Vorlesen haben, Geduld, Muße und die nötige Ruhe mitbringen. Sind das nicht wunderbare Aufgaben für ältere Menschen? Junge starke selbstbewusste Menschen sind die Zukunft. Sie auf ihrem Lebens- und Berufsweg zu begleiten und zu unterstützen, bedeutet für viele ältere Menschen eine sinnerfüllte Aufgabe in der Lebensphase des Alters, macht Ältere wieder zu Subjekten des Handelns.

AUSSERFAMILIÄRE ENTLASTUNG

Im Grunde genommen müssen „nur“ die Türen für eine konstruktive Zusammenarbeit geöffnet werden. Dafür bieten die unterschiedlichsten Kooperationsprojekte vielfältige Chancen und Möglichkeiten. Benötigt werden langfristig verstärkt außerfamiliäre Entlastungsfaktoren, welche die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Kindererziehung, aber auch die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege hilfsbedürftiger Angehöriger „in den eigenen vier Wänden“ wieder möglich machen.

Auch junge Familien und allein Erziehende sind vielfach auf die Unterstützung bei der Kindererziehung und Versorgung des Nachwuchses angewiesen. Das tut beiden Seiten gut. Im Alter gebraucht zu werden, gefragt zu sein, ist ein unschätzbares Gut. Es bedeutet: Mitten im Leben zu stehen. Andererseits ist der Umgang mit älteren Menschen für viele Kinder und Jugendliche neu und unbekannt, denn wer hat schon seine Großeltern in der Nähe und pflegt diese Kontakte?

In der Zukunft braucht es mehr denn je auch Paten und Partnerschaften für die hilfsbedürftigen und hoch betagten Menschen, die auf die Unterstützung angewiesen sind. Könnten das nicht auch Aufgaben sein, die junge Menschen als Solidarität zu älteren Menschen übernehmen möchten? Ziel ist es, dass sich - in Arnsberg und anderswo - Junge für Ältere einsetzen und Ältere für Junge wieder Verantwortung übernehmen.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind in einer Kommune alle gefordert. Bürgerinnen und Bürger jeden Alters, Institutionen, Vereine und Verbände, Freie Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchengemeinden, Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Industrie, Politik und Verwaltung. Dazu sind Menschen nötig, die geeignete Konzeptionen, Methoden und Strukturen für eine konstruktive Zusammenarbeit unterschiedlichster Partner kreativ miteinander entwickeln.

ALTER KEIN „VERLUSTPAKET“

Seit einigen Jahren beeinflusst dieser offene Umgang mit allen Themen des Alters den gesellschaftlichen und kulturellen Umgang als zivilgesellschaftliche Aufgabe. In den „Städten des langen Lebens“ ist es an der Zeit, das Bild und die Rolle des Alters in der Gesellschaft neu zu definieren. Es ist falsch, Alter nur als ein „Verlustpaket“ zu betrachten, zumal in vielerlei Hinsicht Potenzial und Gewinn dominieren. Nicht das Altern an sich ist ein Problem, sondern die Verhaltenserwartungen der Umwelt „wie Alter ist“ oder „wie Alter zu sein hat“. Immer noch herrschen Vorstellungen wie „ein gewisser Egoismus“ oder „ein auf individuelle Selbstverwirklichung ausgerichtetes Leben“. Oder man redet vom „verdienten Ruhestand“ und meint „altes Eisen“.

Die Realitäten sprechen eine andere Sprache. Alter übernimmt Verantwortung und zeigt soziales Engagement. Ältere sind vielfach der Motor in den Projekten, Vereinen und Initiativen, stärken und stützen Kinder, Jugendliche, Familien, allein Stehende, ausländische MitbürgerInnen, hilfsbedürftige und hochbetagte Menschen. Hin und wieder liest man auf der Heckklappe eines „flotten Flitzers“ den Spruch „gesponsert by Oma“. Dies ist ein treffendes Bild für die freiwillige Umverteilung in Familien von den Älteren zu den Kindern und Enkelkindern.

Die lange Lebenserwartung unserer Zeit verpflichtet Bürgerinnen und Bürger, Politiker, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft, alle Kräfte zu bündeln. Sie verpflichtet aber auch, nicht die gesamte Verantwortung auf die jüngere Generation abzuwälzen. Vielmehr fordert sie Bürgerinnen und Bürger auf, Kompetenzen, Wissen und Erfahrung in die Gesellschaft einzubringen. Die Realität des „langen Lebens“ verpflichtet, Eigenvorsorge zu betreiben. Dies ist ein lebenslanger Prozess und eine lebenslange Aufgabe des Einzelnen und der Gesellschaft, damit Alter eine Zukunft hat und nicht auf ein negativ besetztes Altenbild reduziert wird.

ALLE GENERATIONEN GEFORDERT

Das Letztere kann man sich angesichts der enormen demografischen Veränderungen (Alterung, Schrumpfung, Wanderung) tatsächlich nicht leisten. Arnsberg will eine soziale Bürgerkommune sein, in der die vorhandenen Netzwerkstrukturen „Früchte tragen“ und ausgebaut werden. Dazu sind alle Generationen gefordert, damit die Menschen - ob jung oder alt - die Solidarität und Unterstützung erfahren, die sie benötigen.

Hier gilt es, Netzwerke zu entwickeln und weiter auszubauen, welche die Lebenssituation sowie die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger bis zum Lebensende entscheidend verbessern. Für

An mehreren Stellen der Stadt werden ► Seniorinnen und Senioren im Umgang mit den neuen Medien geschult

die Zukunft des Alters heißt das also:

Selbstbestimmtes und sicheres Wohnen im Alter

Zunächst geht es um ein selbstbestimmtes und sicheres Wohnen im Alter. Die Stadt Arnsberg wird die Kooperation mit der Wohnungswirtschaft, mit Initiativen und Investitionen und Projektentwicklern, mit den Bürgerinnen und Bürgern und der Handwerkskammer weiter entwickeln. Es sollen bürgerschaftlich Engagierte gewonnen werden, die alternative Wohnformen und Konzepte für die Zukunft mit entwickeln und in der Praxis mittragen. Planungswerkstätten, Bürgerforen, Stadtteil-Marketing-Prozesse, Bürgerbefragungen zum Thema „Wie möchtest Du leben, wenn Du älter bist?“ und Bürgerpanels zum Thema „Wohnen in Arnsberg“ bilden seit Jahren die Grundlage der Planungen.

Dabei stehen auch innovative Wohnformen für Menschen mit Demenz und Alzheimer-Erkrankungen im Fokus der örtlichen Planungen. Beispielsweise ist das Modellprojekt „Memory- Haus“ als Wohnform für Menschen mit Demenz und ihre gesunden Partner in einer Planungswerkstatt in den vergangenen Jahren entwickelt und im Juni 2006 eröffnet worden. In Arnsberg kooperiert man mit allen Dienstleistern, Organisationen, Krankenhäusern, um ein lokales Bündnis für Familien zum Thema „Gemeinsam für ein besseres Leben mit Demenz“ etablieren.

Teilhabe der älteren Generation

Der in Arnsberg eingeleitete Perspektivwechsel vom Defizitmodell hin zum Potenzialmodell des Alters wird weiter fortgeführt. Die politische Kommune und die Bürgerkommune werden neue Verantwortungsrollen für die ältere Generation bereitstellen. Hier ist man mit dem Konzept des dezentralen Seniorenbeirates und seiner themenorientierten Arbeitskreise mit mehr als 100 aktiven Bürgerinnen und Bürgern auf einem zukunftsorientierten und ausbaufähigem Weg.

Um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bis ins hohe Alter sicherzustellen, bedarf es des lebenslangen Lernens. Unterstützt werden hierfür fünf Standorte mit rund 60 Multiplikatoren und gut 500 Nutzern im Bereich der Vermittlung von Medienkompetenz für Ältere (PC- Clubs, Senioren Online, Internet-Cafés).

Kraft des Alters öffentlich wirken lassen

Eine stärkere Beteiligung der älteren Generation in allen öffentlichen Bereichen ist das Ziel der Arnsberger Seniorenarbeit. Verwaltung und Politik müssen die Älteren wie die Jüngeren ständig zum Mitdenken und Mithandeln ermuntern. In diesem Zusammenhang kann ein außergewöhnliches Kooperationsprojekt zum Thema „Wissen - Können - Handeln - Generationen verbinden“ beispielhaft erwähnt werden. In dieser „Akademie 6 bis 99“ für Kinder, SeniorInnen, Jugendliche, Erwachsene ist es möglich, gemeinsam und Generationen verbindend lebenslang zu lernen. Es ist ein innovatives, intergeneratives Bildungsprojekt des Berufskollegs Am Eichholz in Arnsberg in Kooperation mit der Koordinationsstelle „Zukunft Alter in Arnsberg“.

Pflege und Versorgung hilfsbedürftiger älterer Menschen

In Zukunft braucht es tragfähige Unterstützungssysteme für die Pflege und Versorgung hilfsbedürftiger älterer Menschen, in denen bürgerschaftlich engagierte Partner und Paten als Entlastungsmomente ergänzend und nicht ersetzend integriert werden. Dabei ist „Augenhöhe“ - sprich: gleichberechtigte Stellung - zwischen den Akteuren besonders wichtig. In Arnsberg agieren bereits rund 30 Organisationen als Partner in unterschiedlichen Kooperationsformen.

Die Entwicklung von Entlastungsstrukturen für pflegende Angehörige und deren Familien stellt eine besondere Herausforderung dar. Wichtig ist dabei, dass auch bürgerschaftliche Projekte - zum Beispiel die Initiative des Seniorenbeirates der Stadt Arnsberg „Patenschaften von Mensch zu Mensch“ - als gleichwertige Partner angenommen werden. Qualifizierung, Weiterbildung und Erfahrungsaustausch der bürgerschaftlich Engagierten in diesen Projekten und Initiativen ist Bestandteil des Konzepts.

In den vergangenen Monaten wurde in Arnsberg ein so genannter Notfallflyer herausgegeben, der das Dienstleistungsnetzwerk für Familien beschreibt, in denen hilfsbedürftige Menschen versorgt werden müssen. Ziel ist es, eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege vor Ort zu organisieren sowie eine Transparenz der Dienstleistungen und Anbieter in der Region herzustellen. Diese Initiative wird gemeinsam getragen, finanziert und publiziert durch die Industrie- und Handelskammer für das Südöstliche Westfalen, die Handwerkskammer Arnsberg, den Unternehmensverband südöstliches Westfalen, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Seniorenbeirat und die Koordinationsstelle „Zukunft Alter“ der Stadt Arnsberg. Die Broschüre „Seniorenwegweiser für Arnsberg“ und die vierteljährlich erscheinende Zeitung SICHT sind nur einige Beispiele für bürgerschaftliche initiierte Projekte der älteren Generation in Arnsberg.

Die Kommune unterstützt selbst organisierte und eigenverantwortliche Präventions-Netzwerke, um Entwicklung fördernde Lebensbedingungen zu schaffen und die Selbstständigkeit bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Derzeit bestehen in dem Konzept „Zukunft Alter“ 14 Präventions-Projekte mit durchschnittlich 25 bis 30 Teilnehmern.

Wechsel in der NRW-Staatskanzlei

Gut ein Jahr nach seinem Amtsantritt hat NRW-Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers die Spitze des Regierungsapparats ausgewechselt. Neuer Chef der Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Landes NRW beim Bund ist nun **Karsten Beneke** (Foto). Der 47-jährige bisherige Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten löst **Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff** ab, der sich künftig auf seine Aufgaben als Staatssekretär für Kultur sowie das Projekt „Kulturhauptstadt 2010“ konzentrieren wird. Aus dem Amt scheidet auch Regierungssprecher **Thomas Kemper**, der in die Privatwirtschaft zurückgeht. Sein Nachfolger wird **Andreas Krautscheid** (45), der bisher für die Telekom tätig war. Zudem übernimmt dieser das Amt des Staatssekretärs für Medien.

Alle Generationen unter einem Dach

Foto: Mehrgenerationenhaus Pattensen

Seit Oktober 2003 ist das Mehrgenerationenhaus Pattensen/ Niedersachsen Treffpunkt und Begegnungsstätte für Jung und Alt

Vom Bund geförderte Mehrgenerationenhäuser sollen dazu beitragen, die Bindungen zwischen Jüngeren und Älteren auch außerhalb der Familien zu stärken

Der demografische Wandel wird Deutschland in den kommenden Jahren vor große Aufgaben stellen. Demografischer Wandel heißt jedoch nicht nur weniger Kinder und eine wachsende Anzahl älterer Menschen, sondern bedeutet auch kleinere verwandtschaftliche Netzwerke. Die Berührungspunkte der Generationen im Alltag schwinden.

DIE AUTORIN

Dr. Annette Niederfranke ist Leiterin des Referats „Aktive Generationenbeziehungen, Mehrgenerationenhäuser“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die demografische Entwicklung bringt neue Chancen und Herausforderungen mit sich. Noch nie in der Geschichte gab es so viele ältere Menschen, die so viel zu geben hatten wie heute. Noch nie waren Ältere so gesund und so gebildet. Sie verfügen über enorme Kompetenzen und damit über ein großes Potenzial an Erfahrung und Wissen. Das ist ein gewaltiges soziales Kapital der Gesellschaft - ein Kapital allerdings, das noch allzu oft brach liegt.

Mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser will der Bund dem demografischen Wandel in Deutschland aktiv begegnen. Anstatt die vermeintliche „Überalterung“ der Gesellschaft zu beklagen, sollen die Potenziale und Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens in den Mittelpunkt gestellt werden. Ein Weg dorthin sind Mehrgenerationenhäuser. Sie sind Orte, an denen Jung und Alt die Möglichkeit haben, sich einzubringen, in denen Erziehungswissen, Alltagssolidarität und Kulturtechniken ausgetauscht und gelebt werden können. Denn der Austausch zwischen den Generationen darf nicht an der „Haustür der Kleinfamilie“ enden.

50 HÄUSER AB HERBST 2006

Der Grundstein für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser ist gelegt. Im Oktober 2006 werden die ersten 50 Einrichtungen dieser Art in Deutschland ihre Arbeit aufnehmen. Bis zum Ende der Legislaturperiode 2010 wird es 439 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland geben - in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt eines. Das ist ein ehrgeiziger Plan für den Bund, bei dem Länder, Städte, Gemeinden, Träger und Initiativen eng zusammenarbeiten müssen, um ihn zu verwirklichen. Dafür stellt der Bund in den kommenden fünf Jahren insgesamt 98 Millionen Euro zur Verfügung: 40.000 Euro pro Jahr für jedes Mehrgenerationenhaus für maximal fünf Jahre.

Mit den Häusern sollen aber keine zusätzlichen Strukturen entstehen, sondern eine Bündelung der verschiedenen Initiativen und Interessenvertretungen vor Ort stattfinden. Hier wird ihnen die Möglichkeit gegeben, sich zu organisieren und zu vernetzen. Damit können Mehrgenerationenhäuser in Zeiten knapper Kassen eine Infrastruktur bieten, in der Bestehendes sowie Gewachsenes aufgegriffen wird und in der bürgerschaftliches Engagement neuen Raum zur Entfaltung bekommt.

Mehrgenerationenhäuser haben ihre Türen für alle Menschen geöffnet. Jeder und Jede aus der Region ist darin willkommen. Das ist der Grundsatz der Häuser. Dabei werden die Menschen aus der Nachbarschaft die Experten sein, die anderen bei Problemen, Sorgen und Fragen weiterhelfen. Das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird dort neu belebt. Besonders ältere Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich einzubringen. In den Mehrgenerationenhäusern ist ihr Potenzial und Erfahrungswissen gefragt. Denn ältere Menschen wollen sich engagieren.

ENTLASTUNG FÜR FAMILIEN

Junge Familien erhalten in den Mehrgenerationenhäusern Entlastung bei Kinderbetreuung und Erziehungsfragen. Jugendliche werden hier erste Schritte in Richtung Berufserfahrung, aber auch im Umgang mit und im Respekt vor anderen Generationen machen können. Migrantinnen und Migranten erhalten Hilfe bei Behördengängen und können ihre Sprachkompetenz verbessern sowie gleichzeitig ihre Kompetenzen, ihren Erfahrungshintergrund einbringen und damit zu einer lebendigen Gemeinschaft beitragen.

Kleine Kinder können mit anderen Kindern spielen. Sie erhalten Förderung und Unterstützung - und dies im Kontakt mit älteren Menschen, die ihre Leihomas oder Leihopas sein können. Dies alles geschieht nicht im begrenzten Rahmen der Klein-

AUS DEM DStGB

DStGB zur Ausdehnung des europäischen Vergaberechts

Die finanzielle Notlage der Städte und Gemeinden setzt sich auch 2005 fort. „Wir rechnen nach 2004 auch im kommenden Jahr mit einem Finanzierungsdefizit von fast 6 Milliarden Euro", sagte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Oberbürgermeister Christian Schramm, heute in Berlin.

Die Investitionen der Kommunen sind im Jahr 2004 mit verheerenden Folgen für das Handwerk und den Mittelstand auf ein historisches Tief von 21 Mrd. Euro gesunken. Im Jahr 1998 waren es noch knapp 25 Mrd. Euro. Ein unhaltbarer Zustand. Die katastrophalen Folgen mangelnder Investitionen sind an baufälligen Schulen, Sporthallen, Straßen und Plätzen täglich sichtbar. „Nur durch Stärkung der kommunalen Investitionen werden wir mehr Arbeitsplätze schaffen und damit mehr Wachstum erreichen und unsere Städte und Gemeinden wieder lebenswerter gestalten können", sagte Schramm.

Grund für den Investitionsverfall bei den Kommunen ist neben gesunkenen Einnahmen das rapide Ansteigen der Ausgaben für soziale Leistungen innerhalb der letzten Jahre. Im Jahr 2004 war wiederum ein starker Anstieg um gut 6 Prozent zu verzeichnen. Seit dem Jahr 2001 gibt es hier beinahe jedes Jahr einen Zuwachs von 2 Mrd. Euro. Waren es im Jahr 1998 noch gut 26 Mrd. Euro, so stieg dieser Posten in 2003 schon auf 30,5 Mrd. Euro. In 2005 sollen die Ausgaben sogar auf rund 37 Mrd. Euro klettern.

Mehr als die Hälfte ihrer Steuereinnahmen geben die Städte und Gemeinden für soziale Leistungen aus. Dadurch fehlt dringend benötigtes Geld für Investitionen in die Bildung und in die Infrastruktur. Wie katastrophal die Finanzlage der Kommunen ist, zeigt auch ein Blick auf die Kassenkredite. Allein die Zahl der zusätzlichen kurzfristigen Kassenkredite lag mit 16 Milliarden Euro in 2003 fast dreimal so hoch wie noch 1998. Immer mehr Städte und Gemeinden müssen bereits ihre Personalkosten mit Kassenkrediten bezahlen.

Immerhin ist anzuerkennen, dass die Besserstellung bei der Gewerbesteuer (Senkung der Gewerbesteuerumlage) und die zugesagte Entlastung bei Hartz IV von jährlich 2,5 Mrd. Euro ein Hoffnungsschimmer ist. Auch wenn die Einnahmen sich im Jahr 2005 insgesamt wieder etwas stabilisieren werden, darf das nicht über die ungleiche Verteilung der Finanzausstattung der Kommunen hinwegtäuschen. Das wieder etwas gestiegene gemeindliche Steueraufkommen wird einseitig von den Einnahmen aus der Gewerbesteuer getragen. Dies ist auch ein Zeichen dafür, dass die Gewerbesteuer nicht leichtfertig aufgegeben werden darf. Von dem Anstieg profitieren allerdings die kreisangehörigen Kommunen sowie die ostdeutschen Kommunen nur unterdurchschnittlich. Für sie sind die Einbußen bei dem gemeindlichen Anteile an der Einkommensteuer bedeutsamer. An diesen Einbußen wird sich auch im Jahr 2005 – angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt – nichts ändern.

„Die Gemeindefinanzreform bleibt auch 2005 auf der Tagesordnung", sagte Schramm. Es muss nicht nur die Einnahmesituation verbessert werden, sondern bestehende Aufgaben der Kommunen müssen zurückgeführt und erst recht die Zuweisung neuer Aufgaben durch den Bund verhindert werden. Die große Chance der Föderalismusreform, sicherzustellen, dass wir in Zukunft nicht mehr, sondern weniger und zudem bessere Gesetze haben, ist leider leichtfertig vertan worden. (DStGB-Pressemitteilung 02/2005 vom 03.01.2005)

familie, sondern im erweiterten Generationenkreis des Mehrgenerationenhauses.

Mehrgenerationenhäuser bieten für all das Räume, in denen die Gemeinschaft von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, Älteren und sehr Alten wieder mit Leben erfüllt wird. Dies vollzieht sich nicht zwingend auf der Grundlage verwandtschaftlicher Bindungen, aber alle Generationen einbeziehend. Doch Mehrgenerationenhäuser sind auch Adresse für Gespräche, Rat und Hilfen sowie Ausgangspunkt für vielerlei Aktivitäten. Sie sind Orte, wo Menschen wertvolle Erfahrungen machen, wo sie - wie nebenbei - soziales Verhalten trainieren können. Dies geschieht weniger durch Appelle und Unterrichtung, sondern durch Gestaltung sozialer Räume und durch die Begegnung von Menschen.

BEREITSCHAFT ZUM ENGAGEMENT

Untersuchungen wie der so genannte Freiwillligen-Survey zeigen, dass in allen Generationen die Bereitschaft, sich zu engagieren, stark vorhanden ist. Mehrgenerationenhäuser bieten eine Basis dazu. Denn heute beginnt Vorsorge für das Alter lange vor dem Alter - und das nicht nur bei der Rente. Wer sich auf eine aktive dritte und vierte Lebensphase einstellen will, muss rechtzeitig neben Familie und Beruf eine Verankerung in der Gesellschaft aufbauen. Das kann bürgerschaftliches Engagement heißen oder eine Patenschaft zwischen Jung und Alt sein.

Mehrgenerationenhäuser stiften noch einen ganz anderen Nutzen, und zwar in einem sehr grundsätzlichen Sinn. Es geht Menschen und der Gesellschaft besser, wenn sie nicht nur ihre eigenen Interessen verfolgen, sondern miteinander und füreinander, für sich und für andere etwas unternehmen und verbessern. Der Gemeinsinn und das soziale Kapital der Kommunen wird größer und damit auch die Lebensqualität.

Mehrgenerationenhäuser sollen die Aufspaltung in Leistungs- und Sozialwesen überwinden. Dieser Ansatz macht eine neue Arbeitsteilung nötig und möglich: zwischen Profis und Laien, Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten, Alten und Kindern, die miteinander und voneinander lernen. Ohne professionelle Kräfte lässt sich ein Haus nicht führen - und ohne bürgerschaftliches Engagement wird es nicht gelingen, das Potenzial der Menschen zu wecken. Beides zusammen unter einem Dach erfolgreich zu verbinden, ist die Herausforderung für die Mehrgenerationenhäuser.

DIENSTLEISTUNGS-PLATTFORM

Gleichzeitig sollen Mehrgenerationenhäuser zu Dienstleistungsunternehmen in ihrer Region werden. Einerseits werden sie zur Vermittlungsplattform für unterschiedliche Dienstleistungen, die Familien, junge und alte Menschen im Alltag entlasten. Andererseits werden die Mehrgenerationenhäuser auch selbst solche Leistungen erbringen. Denkbar ist hier vieles - je nach Schwerpunkt des Mehrgenerationenhauses etwa im Bereich der Altenpflege, der Kinderbetreuung oder Kulturarbeit.

Einrichtungen, Initiativen oder Kommunen, aber auch Privatpersonen, die sich für den Aufbau eines Mehrgenerationenhauses interessieren, können ihr Interesse per E-Mail unter info@mehrgenerationenhaus.de anmelden. Sie erhalten dann zeitgleich mit der öffentlichen Bekanntgabe der Ausschreibung im Sommer 2006 eine Information, sodass eine Beteiligung am Ausschreibungsverfahren sicher gestellt ist.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich im Internet unter www.bmfsfj.de/Kategorien/Service/e-mail-abo.html als E-Mail-Abonnent/in in der Rubrik „Mehrgenerationenhäuser" einzutragen. Alle Neuheiten zum Aktionsprogramm werden dann direkt an die Interessenten verschickt.

Beste Aussichten für das alt werden

Seniorenarbeit in der Stadt Ahlen wird von einer kommunalen Leitstelle koordiniert und ist vielfältig vernetzt

Beliebt bei den Kindern in Ahlen sind die so genannten Vorlese-Omas ►

Fotos: Stadt Ahlen

DIE AUTORIN
Dipl.-Päd. Ursula Woltering ist Leiterin der Leitstelle „Älter werden in Ahlen“

Die Stadt Ahlen hat die Herausforderungen, die mit der demografischen Entwicklung einhergehen, früh erkannt und 1989 mit der Leitstelle „Älter werden in Ahlen“ einen sozialpolitischen Schwerpunkt auf die Arbeit mit und für Menschen in der „dritten Lebensphase“ gelegt. Neben Projekten zur Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen in Ahlen stehen die Begegnung der Generationen und das bürgerschaftliche Engagement für die Gemeinschaft im Fokus der Arbeit. Gilt es einerseits die Möglichkeit zu eröffnen, an einem lebendigen Gemeinwesen kreativ mitzuwirken, ist andererseits für die Hilfe- und Pflegebedürftigen eine umfassende Versorgung und Einbeziehung in die Gemeinschaft sicherzustellen - Aufgaben, die in der Stadt Ahlen mit hoher Priorität wahrgenommen werden.

Die Aktivitäten der kommunalen Leitstelle gehen von der Idee des „Menschen im Wandel“ aus. Im Laufe des Lebens verändern sich die Interessen, Möglichkeiten und Bedürfnisse des Einzelnen. Zugleich wirken die gesellschaftlichen Veränderungen auf die Lebensbedingungen der Menschen ein und erfordern lebenslanges Lernen sowie Flexibilität.

Oftmals sind die Übergänge zwischen den Lebensphasen gleitend und unkompliziert, werden selbstbewusst gestaltet und als positiv erlebt, sodass die Betroffenen, wie man sagt, „erfolgreich altern“. Anderseits gibt es Brüche wie Arbeitslosigkeit, Verlust des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin, gesundheitliche Krisen und Krankheit oder die Unfähigkeit, den Ruhestand respektive die Zeit nach der Familienphase sinnvoll zu gestalten. In diesen Lebenslagen finden die Betroffenen in dem so genannten SINN-Netzwerk (Senioren In Neuen Netzwerken) Angebote und Unterstützung sowie die Möglichkeit, mit anderen gemeinsam neue Wege zu gehen und für sich ein sinnvolles Engagement zu finden.

FOREN DER ZUSAMMENARBEIT

Die Träger sozialer Angebote und gesundheitlicher Dienste für ältere Menschen sind in Ahlen in dem Verein Alter und Soziales e.V. zusammengekommen, um ein abgestimmtes Versorgungssystem in gemeinsamer Verantwortung aufzubauen (siehe Schaubild). Gemeinsam mit der Stadt Ahlen werden hier Maßnahmen der Seniorenarbeit und der Altenhilfe entwickelt und umgesetzt. Zielrichtung und Arbeitsschwerpunkte sind in dem „Integrierten Handlungskonzept zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität der älteren Menschen in Ahlen“ niedergelegt. Die Geschäftsführung liegt bei der kommunalen Leitstelle „Älter werden in Ahlen“. Der zuständige Beigeordnete gehört kraft seines Amtes dem Vorstand an.

ZITAT

„**Unser gemeinsames Ziel** ist die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen in Ahlen. Wir möchten, dass die Menschen in unserer Stadt auch jenseits von Berufs- und Familienphase ein sinnerfülltes und selbstbestimmtes, möglichst aktives und in die Gesellschaft eingebundenes Leben führen können. Menschen mit Problemen und Einschränkungen wollen wir nicht allein lassen, sondern in unsere Gemeinschaft einbeziehen und mit geeigneten Angeboten für sie sorgen.“

Benedikt Ruhmöller, Bürgermeister der Stadt Ahlen

Für das Aufgabenfeld der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit wurde unter dem Titel „SINN - Senioren In Neuen Netzwerken“ ein weiteres Netzwerk mit den ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen der Seniorenarbeit 45plus aufgebaut. Damit hat die Seniorenarbeit in Ahlen einen Namen erhalten, der zum Ausdruck bringt, dass sich SeniorInnen aktiv in das Gemeinwesen einbringen sowie in Netzwerken, Gruppen und freundschaftlichen Beziehungen tätig werden (siehe Kasten „Zitat“).

In dem „SINN-Netzwerk“ werden gemeinsam innovative Projekte entwickelt und umgesetzt. Mittlerweile haben sich 66 PartnerInnen im Netzwerk versammelt, die mehr als 150 ehrenamtliche Angebote repräsentieren. Damit wurde ein lebendiges und bedarfsgerechtes Angebot aufgebaut, das im Kern auf ehrenamtlichem Engagement und Selbsthilfe beruht, die durch hauptamtliche Strukturen gesichert und punktuell unterstützt wird.

REGELMÄSSIG NETZWERK-TREFFEN

Zentraler Bestandteil des Netzwerks ist die SINN-Konferenz, die zweimal im Jahr alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen der Seniorenarbeit sowie die Bürgerinnen und Bürger zusammenführt und zu gemeinsamer Diskussion, Reflexion und Planung einlädt. Gern gesehen sind Gäste aus anderen Städten, die einen Eindruck von der Ahlener „Seniorenszene“ gewinnen wollen. Die TeilnehmerInnen der Konferenz stellen sich immer wieder neuen Themen und bilden dazu Arbeitsgruppen.

Oftmals entwickeln sich hieraus eigenständige Projekte wie die Planungsgruppe zum Mehrgenerationen-Wohnen oder eine beständige Gedächtnistrainingsgruppe. Derzeit werden folgende Themen bearbeitet:

- AG Intergenerative Projekte - Vorlese-Omas / Leihgroßeltern / Veranstaltungen
- AG Lernen im Alter - Gedächtnistrainingsgruppen / Sudoku / Studientage an der WWU
- AG Arbeit und Alter - Qualifizierungsprojekt für Arbeit Suchende ab 40 Jahren
- AG Wohnen im Alter - Planungsgruppe für Mehrgenerationen-Wohnen-Projekt
- AG Spiritualität und Religion - Beschäftigung mit religiös herausragenden Personen
- AG Sicherheit im Alter - Kooperation mit der Kreispolizeibehörde
- AG Freizeit im Alter - Straßenbefragung zu Freizeitverhalten und -wünschen sowie Auswertung

Die Freiwilligenarbeit findet zudem Unterstützung und Anstöße in der Freiwilligenagentur Ahlen e.V., dem Modellprojekt „Informationsbüro für alle ab 50“ und der Leitstelle sowie durch die Familienbildungsstätte. Mit dem Ziel einer innovativen Angebotsentwicklung in den Treffpunkten wurde die Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren zur Gründung eines Netzwerks von Freizeitgruppen eingeladen. 350 Personen kamen und demonstrierten damit den Wunsch nach Unterstützung und Ansprache. In der Folge wurden in sechs Treffpunkten neue „SINN-aktiv Gruppen“ gegründet, die heute eine Vielzahl gemeinsamer Neigungsgruppen und Aktivitäten entwickelt haben und somit ein „kleines Netzwerk im großen“ bilden.

Der „Mittrops Spieker“ ist ein beliebter Treffpunkt für ältere Menschen in der Stadt Ahlen

Das Ahlener System setzt sich zusammen aus der Leitstelle „Älter werden in Ahlen“, dem Verein Alter und Soziales e.V. sowie weiteren Projekten und Initiativen

Schaubild: Stadt Ahlen

So verhält es sich auch mit dem Verbund „LernNet“, wo man sich mit Gleichgesinnten mit den Neuen Medien - PC und Internet - beschäftigen kann. In zehn Internetcafés haben 25 ehrenamtliche KursleiterInnen seit 1999 mehr als 6.000 Kurse durchgeführt und noch mehr Offenes Surfen betreut. Das Erfolgsgeheimnis ist, dass neben der Wissensvermittlung auch die Geselligkeit im Vordergrund steht - so etwa beim Meetingpoint und im OCCA-Computerclub, dem 230 TeilnehmerInnen angehören. Der tägliche Newsletter mit seinen 400 AbonnentInnen sorgt für einen dichten Informationsfluss. Weitere Neigungsgruppen wie beispielsweise die AG Digitales Fotografieren bieten für alle etwas.

PLATTFORM IM INTERNET

Informationsvermittlung ist für ein lebendiges Netzwerk unabdingbar. Ein weiteres Angebot zur Sicherung der Transparenz der Angebote ist die Internetnetseite www.senioren-ahlen.de, die mit monatlich 40.000 (Spitze 57.000) Klicks gut besucht ist. Sie wird als „Mitmach-Plattform“ für Information, Kommunikation und Dienstleistung angeboten und von einem ehrenamtlichen Redaktionsteam gepflegt, das durch eine Honorarkraft geschult und moderiert wird. Als Hauptsponsor unterstützt die Sparkasse Münsterland Ost dieses Mediennetzwerk. Weitere soziale Initiativen wie das intergenerative Projekt „Vorlese-Omas/-Opas“ oder der Mittagstisch der Freiwilligenagentur verdeutlichen die hohe Bereitschaft der Menschen, sich zu engagieren und für andere da zu sein.

Der Aufbau dieser Netzwerke erfordert die Bereitschaft aller, zusammenzuarbeiten, und den Mut, immer wieder neue Wege zu gehen. Diese Innovationsfreude findet in Ahlen auch ihren Ausdruck darin, Pilot- und Modellprojekte durchzuführen. Mit Förderung des NRW-Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration wurde in den vergangenen drei Jahren das „Informationsbüro für alle ab 50“ mit dem Ziel der Weiterentwicklung komplementärer Angebote erfolgreich betrieben.

Die Ergebnisse dieser Modellarbeit, aber auch Erfahrungen aus der Arbeit der Projekte und Initiativen der Ehrenamtlichen sollen nun in das neue Landesprojekt „LernLabor Ahlen“ einfließen - ein Qualifizierungsprojekt insbesondere für ehrenamtlich Tätige in Begegnungsstätten. In diesem Projekt wird Ahlen als ein „LernLabor“ betrachtet, in dem andere Kommunen in der Zusammenarbeit mit den Ahlenern ihre eigenen Seniorenarbeit - mit besonderem Blick auf ehrenamtlich geführte Begegnungsstätten - weiterentwickeln können. Durch diesen Austausch wird zugleich die Arbeit in Ahlen neue Impulse erhalten.

Politik für Ältere in den Mittelpunkt

Fotos: Kern / Bertelsmann Stiftung

Viele Menschen sind bis ins hohe Alter aktiv und wollen ihr Wissen sowie ihre Erfahrung an Jüngere weitergeben

Seniorenpolitik als eigenständiges Handlungsfeld in den Kommunen zu etablieren, ist das Ziel des Pilotprojekts „Neues Altern in der Stadt" der Bertelsmann Stiftung

Ältere Menschen sind in den Kommunen längst keine „Randgruppe" mehr. Der Anteil älterer Bürger über 60 Jahre wächst stetig. Bereits heute stellen sie in einigen Gemeinden und Städten die größte Bevölkerungsgruppe. Künftig wird dies vielerorts der Fall sein. Die kommunale Altenplanung und Seniorenpolitik stehen angesichts des sozialen und demografischen Strukturwandels vor großen Herausforderungen. Bevölkerungsrückgang, Veränderungen der Altersstruktur, wachsende kulturelle Differenzierung, Veränderung der Familienstrukturen, Singularisierung und „Entberuflichung" des Alters bringen einschneidende Veränderungen mit sich.

DIE AUTORIN
Birgit Ottensmeier ist Projektmanagerin bei der Bertelsmann Stiftung Gütersloh

Auch wenn sozialpolitische Aufgaben zum Teil auf zentralstaatlicher Ebene geregelt werden - beispielsweise die Pflegeversicherung -, sind es doch die Kommunen, die im Sinne der Daseinsvorsorge die soziale Infrastruktur sicherstellen. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge spricht in seinen Empfehlungen gar von einer künftigen „Schlüsselrolle" der kommunalen Altenhilfe und unterstreicht hierbei die primäre Zuständigkeit der Kommunen.

Nun ist dabei zu bedenken, dass die Lebensphase Alter sehr individuell und daher unterschiedlich verläuft. Neben den Senioren mit konkretem Bedarf an Unterstützungs-, Hilfs- und Pflegeleistungen wächst die Zahl derer, die im Alter ihr Leben weiterhin selbstständig und selbstbestimmt gestalten sowie über vielfältige Potenziale und Ressourcen verfügen. Diese Perspektive, die auf die Förderung der Selbstbestimmung und den Erhalt der Selbstständigkeit älterer Menschen abzielt, wird jedoch bislang in der kommunalen Arbeit nur unzureichend gewürdigt.

In letzter Konsequenz bedeutet dies, dass kommunale Seniorenpolitik qualitativ aufgewertet werden muss, dass sie sich als selbstständiges Politikfeld etabliert oder als integrierte Querschnittsaufgabe alle relevanten Politikfelder einschließt sowie Planungs- und Steuerungsprozesse unter Beteiligung maßgeblicher örtlicher Akteure - politische Entscheidungsträger, Mitarbeiter der Verwaltung, Vertreter der Leistungs- und Kostenträger, der örtlichen Wirtschaft, der Vereine und Verbände sowie interessierter Bürger - initiiert, organisiert, moderiert und koordiniert.

In den kleinen und mittelgroßen Städten der Bundesrepublik fehlt es derzeit an einer integrierten Altenplanung, die sich an den Lebensstilen, Lebenslagen und Lebenswelten der älteren Bevölkerung ausrichtet. Häufig fristet kommunale Seniorenpolitik in der kommunalen Wirklichkeit ein Schattendasein als mehr oder minder bedeutsamer Teil kommunaler Sozialpolitik.

NEGATIVES IMAGE DES ALTERS

Auch wird vielerorts die politische Diskussion durch ein negatives Bild vom Alter bestimmt sowie ausschließlich an vermeintlichen Belastungen orientiert, die durch einen wachsenden Anteil älterer Menschen entstehen. Potenziale und Ressourcen, über die viele Ältere verfügen, werden hingegen nur unzureichend thematisiert. Eine Orientierung an diesen Werten ist jedoch für den Bestand und die Weiterentwicklung des sozialen Miteinander überaus bedeutsam, denn viele ältere Menschen suchen nach aktiven und produktiven Rollen im Gemeinwesen.

Aufgrund der vielschichtigen Problemstellungen mit Blick auf den demografischen und sozialstrukturellen Wandel sind aus Sicht der Bertelsmann Stiftung der Auf- und Ausbau neuer gemeinwesenorientierter Ansätze sowie strukturell verankerter Kooperations-Strukturen zwischen professionellen und bürgerschaftlichen Leistungen notwendig, damit die Lebensqualität der Bürger langfristig gesichert werden kann. Erhalt und Ausbau des sozialen Gemeinwesens und des sozialen Zusammenhalts sind nur durch eine aktive Selbst- und Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger langfristig zu gewährleisten.

Zur kommunalen Seniorenpolitik gehört auch, den Dialog zwischen den Generationen zu fördern

PILOTPROJEKT ZUR NEUAUSRICHTUNG

Die Bertelsmann Stiftung startete daher Ende 2005 das Pilotprojekt „Neues Altern in der Stadt" mit dem Ziel, zunächst in den beteiligten Kommunen eine Neuausrichtung der Seniorenpolitik zu initiieren unter konsequenter Berücksichtigung partizipativer Methoden.

Weitere Ziele des Projektes sind:

- größere Transparenz über die demografische Entwicklung schaffen und die Bevölkerung sensibilisieren
- demografisch verantwortungsvolle Politik realisieren
- Planungskompetenzen der Kommunen erhöhen
- kommunale Seniorenpolitik aufwerten
- seniorenspezifisches Leitbild entwickeln und vermitteln
- Ältere an Planungsprozessen beteiligen
- Orientierung an Chancen, Potenzialen, Bedürfnissen und Lebensstilen
- bürgerschaftliches Engagement stärken
- Selbst-, Familien- und Nachbarschaftshilfe fördern
- generationsübergreifende Formen der Versorgung fördern
- Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation verbessern
- Prozesse über das Projektende hinaus fortsetzen
- inter- und intrakommunale Zusammenarbeit fördern
- Transfer in die Fläche

Die Bertelsmann Stiftung führt gemeinsam mit den sechs Pilotkommunen Altena (NRW), Bruchsal (BW), Eschwege (Hessen), Glauchau (Sachsen), Hamm (NRW) und Stuhr (NS) eine Analyse-, Aktions- und Abschlussphase durch, die durch die Bertelsmann Stiftung begleitet, gesteuert und evaluiert wird. Alle Projektphasen werden durch eine interdisziplinär zusammengesetzte Steuerungsgruppe begleitet.

Die Kommunen stellen für das Projekt Personal zur Verfügung (0,5 Planstellen) und gewinnen zusätzlich einen ehrenamtlichen Mitarbeiter. Diese bilden gemeinsam das örtliche Projektteam (Tandem), das alle kommunalen Projektaktivitäten koordiniert und umsetzt. Die Tandems werden im Verlauf des Projekts kontinuierlich qualifiziert und weitergebildet. Für den interkommunalen Austausch der Pilotkommunen zu verschiedenen Themen und Schwerpunkten sind mehrere Treffen geplant.

In jeder Pilotkommune wurde zu Projektbeginn ein „Initiativkreis NAIS" gegründet. Für diesen Kreis sollen die relevanten örtlichen Akteure gewonnen werden - Vertreter der Kommunalpolitik, Mitarbeiter verschiedener Ressorts der Verwaltung, örtliche Anbieter der Altenhilfe, gemeinnützige und gewerbliche Dienstleister und Träger, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Krankenkassen, Vereine und Initiativen, Vertreter der örtlichen Wirtschaft, der Gesundheitsberufe, der Vereine sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger.

ÖRTLICHE AKTEURE EINBINDEN

Der Initiativkreis NAIS ist an allen Projektphasen aktiv beteiligt und soll die Kompetenz der relevanten Akteure einbringen, die individuellen kommunalen Bedürfnisse berücksichtigen und die Nachhaltigkeit sichern. Durch diese frühzeitige und umfassende Beteiligung können die Ergebnisse der Analyse- und Zielfindungsphase verbessert sowie bedürfnis- und wirkungsorientierte Angebote und Konzepte entwickelt und in der Aktionsphase umgesetzt werden. Des Weiteren wird durch dieses partizipative Vorgehen die Akzeptanz und öffentliche Wahrnehmung des Projekts unterstützt.

Zu Beginn wird in der so genannten Analysephase parallel gearbeitet. Zum einen wird in den Kommunen ein Leitbildprozess durchgeführt, für den ein Leitfaden entwickelt wurde. In der bis Ende 2006 andauernden Analysephase wird zudem eine Bestandsaufnahme der seniorenrelevanten Daten durchgeführt mittels eines für diese Zwecke entwickelten Instrumentariums für eine evidenz-basierte Seniorenpolitik (EIS). Dieses Instrumentarium, anhand dessen Handlungsfelder von allgemeinen Strukturdaten über Wohn-, Wohnumfeld- und Mobilitätsdaten bis hin zu sozialen und komplementären Diensten abgebildet werden, wurde im Auftrag der Stiftung durch die Dortmunder Forschungsgesellschaft für Gerontologie und das ehemalige Deutsche Zentrum für Altersforschung (DZfA) - jetzt Universität Heidelberg - entwickelt.

Es versetzt die Kommunen in die Lage, vorhandene Daten zu analysieren und weitere notwendige Daten zu generieren, um die spezifischen Probleme kommunaler Seniorenpolitik transparent zu machen. Ziel dieses Instrumentariums ist die Verbesserung der Datengrundlage für kommunale Planungsprozesse. EIS wird zunächst in den Pilotkommunen erprobt, gegebenenfalls angepasst und im kommenden Jahr in einer Erweiterungsphase in anderen Kommunen getestet.

PERSPEKTIVE BIS 2020

Parallel zur Datenerhebung sichtet der Initiativkreis die jeweiligen kommunalen Problemlagen und setzt Prioritäten fest. Dies geschieht anhand verschiedener partizipativer Methoden, mit denen die Kommunen ihre kurz-, mittel- und langfristigen Ziele ermitteln. Hierbei reicht der Horizont von der Gegenwart bis in das Jahr 2020. So werden beispielsweise mit der Szenariomethode verschiedene Zukunftsperspektiven aufgezeigt.

Alle ermittelten Daten und Themenbereiche fließen in den Zielfindungsprozess ein, an dessen Ende eine realistische Zielsetzung mit unterschiedlicher Priorität stehen sollte. Diese soll der breiten Öffentlichkeit - etwa in Bürgerforen, Stadtteil-Konferenzen und Ähnlichem - sowie den kommunalpolitischen Gremien präsentiert werden.

Aus der Analysephase resultieren für die Kommunen einige Vorteile. So sind durch die Arbeit der Initiativkreise und Bürgerversammlungen ein verstärktes

Bürgerengagement, Beiträge zur Stadtteilentwicklung sowie ein Imagegewinn zu erwarten, welche die Attraktivität der Kommune für Neubürger und Industrieansiedlungen erhöht.

INTENSIVE AKTIONSPHASE

In der Aktionsphase ab 2007 sollen Konzepte für Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern - bürgerschaftliches Engagement, Infrastruktur und Versorgungsstruktur, Planungs- und Steuerungsprozesse, Wohnquartiere - entwickelt und umgesetzt werden. Hierzu stellt die Bertelsmann Stiftung, unterstützt durch externe Experten, erprobte Methoden und Konzepte zur Verfügung und qualifiziert die örtlichen Akteure. Über die gesamte Laufzeit werden die Prozesse und die Zielerreichung des Projekts vom Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) evaluiert.

In der Abschlussphase werden die einzelnen Projektphasen, das evidenz-basierte Instrumentarium (EIS), die angewandten Methoden, die entwickelten Konzepte und die umgesetzten Projekte sowie die Evaluationsergebnisse in einem Handbuch zusammengefasst und veröffentlicht. Der Transfer in andere Kommunen ist vom Kommunalen Kompetenz-Zentrum der Bertelsmann Stiftung geplant. Um diesen Prozess nachhaltig zu unterstützen, wurden frühzeitig wichtige Kooperationspartner in die Projektarbeit eingebunden.

Zum Abschluss werden die Projektergebnisse der Öffentlichkeit auf einer Veranstaltung präsentiert. Durch die Beteiligung an diesem Projekt erhalten die Kommunen wissenschaftliche Expertisen und maßgeschneiderte Konzepte, was die Chancen einer zukunftsorientierten kommunalen Seniorenpolitik erhöht. Hierdurch soll die Zukunftsfähigkeit der Kommunen gestärkt und die Lebensqualität in den Kommunen verbessert werden.

INFO

Birgit Ottensmeier
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Tel. 05241-81 81 205
E-Mail: birgit.ottensmeier@bertelsmann.de

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demographie konkret - Seniorenpolitik in den Kommunen. Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2006

Auch im Sozialen Erfolg kontrollieren

Foto: Kern / Bertelsmann Stiftung

Altenhilfe muss sich den veränderten Lebensstilen und Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren anpassen

In der Altenhilfe ist Wirkungsorientierte Steuerung eine viel versprechende neue Methode, aber kein Allheilmittel

Inhalte sind „das Eigentliche“, Methoden sind Instrumente zur Zielerreichung. Wie in anderen Feldern beschäftigt sich auch die Altenhilfe derzeit - beeinflusst von der demografischen Entwicklung und der Sozialstaatskrise - mit Fragen der Neuausrichtung. Es geht um ein neues Gleichgewicht von Effektivität und Effizienz. Ausgehend von der Analyse einer Ausgangssituation müssen effiziente Maßnahmen entwickelt werden, ist ihr Resultat zu analysieren, um daraus neue Schlüsse und gegebenenfalls modifizierte Maßnahmen herzuleiten. Damit gewinnt die Frage nach den Wirkungen von Maßnahmen oder eines Programms an Bedeutung[1].

Im selben Kontext wird ein Bedarf an Steuerung - aktiv und zeitnah - artikuliert. Dies wiederum führt zur Erkenntnis, dass Instrumente zur Überprüfung der Zielerreichung bisher höchstens rudimentär vorhanden sind. „Controlling“ ist in der Folge ein weiterer Begriff, dessen Hinterfragung häufig das Missverständnis offenbart, damit sei Kontrolle gemeint. Diese ist bisher eher ein Sakrileg, denn traditionell lautete die Parole: „Seriöse Partner aus der Wohlfahrtspflege setzen in Erfüllung eines öffentlichen Auftrags gut qualifizierte Profis ein - und damit ist der Erfolg gewährleistet und hinlänglich belegt. Die Dinge sind ohnehin so komplex, dass eine Beweisführung über den Erfolg vor allem aufwändig und kaum schlüssig möglich ist“.

DER AUTOR
Werner Göpfert-Divivier ist Geschäftsführer des iSPO-Instituts in Bonn und Saarbrücken

Bis hierhin ist noch kein Wort über Inhalte gefallen. Dies ist ein Fehler, der auf die falsche Fährte führt. Methoden sind immer noch lediglich Instrumente zur Erreichung eines Zieles - und eben nicht „das Eigentliche“. „Eigentliche“ - und immer dringlicher nachhaltiger Antworten bedürfende - Fragen lauten etwa:

- Wie gelingt es, herkömmliche Seniorenbegegnungsstätten so umzubauen, dass

[1] Der Beitrag ist ein Extrakt aus dem Referat beim Fachtag des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen Anfang Juni 2006 in Münster: „Kommunale Seniorenpolitik - Zusammenleben der Generationen aktiv gestalten.“

sie für ältere Menschen präventive Wirkung zur Absicherung des selbstständigen Lebens in der angestammten Wohnung oder im Wohnquartier haben?
- Welche (neuen) Netzwerkelemente des vielfältigen und nicht selten unübersichtlichen Hilfesystems müssen - gegebenenfalls im Rahmen neuer Zuschnitte - zusammenwirken, um Lösungen für die Anforderungen der Zukunft zu produzieren?

Weil Lösungsstrategien zur Bearbeitung solcher Fragen nicht durch das „Drehen kleiner Räder" zu haben sind, sondern vielmehr abgestimmte Strategien mit Bewegung an allen möglichen Systempunkten benötigt werden, ist es sinnvoll, mit der Methode der Wirkungsorientierten Steuerung zu arbeiten. Ein kurzer Rückblick auf die Geschichte der Alten(hilfe)planung soll dabei dem Missverständnis entgegenwirken, dass Wirkungsorientierte Steuerung eine kontinuierliche Altenplanung ersetzen kann.

NEUE PARADIGMEN ENTDECKT

Bereits vor knapp zehn Jahren haben - um nur ein Beispiel anzuführen - Thomas Klie, Rüdiger Spiegelberg und andere Fachleute[2] formuliert: „Kommunen befinden sich im Reorganisationsprozess der kommunalen Altenhilfe ...“; „Neue Paradigmen der Altenhilfe heißen ‚Selbstständigkeit, Partizipation, Lebenslagenansatz, Pluralisierung der Lebensstile'“. Das ISS in Frankfurt betont 2002 in einer Broschüre „Altwerden mit Zukunft in der Kommune“, dass kommunale Altenplanung wesentlich zur Entwicklung des Gemeinwesens und zur Gestaltung bedarfsgerechter Lebensräume ist[3].

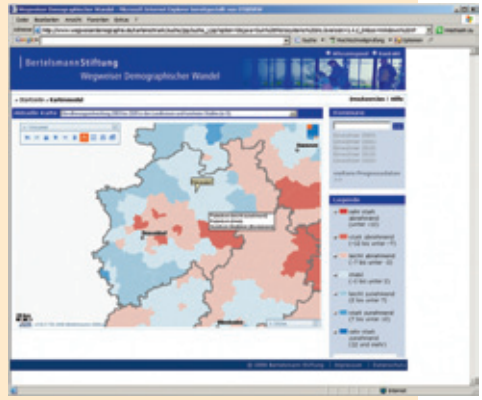
Der Auftrag der Kommunen leitet sich aus dem Verfassungsgebot der allgemeinen Daseinsfürsorge einer Kommune für Bürgerinnen und Bürger ab. Leitlinien sind das Aufrechterhalten einer individuellen Lebensführung sowie der Erhalt selbstbestimmten und selbstverantworteten Handlungsspielraums. Es geht um die Möglichkeit der Teilhabe und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Deshalb sind - und dies ist in der Fachdiskussion unstritig - die Grundelemente zeitgemäßer Altenplanung:

1) Recherche und Konzeptentwicklung
2) Sozialraum- und Sozialstrukturbeschreibung
3) Beteiligung und Bedürfnisermittlung (Seniorinnen und Senioren, Träger, ...)
4) Bestandsaufnahme (Angebote und Dienste)
5) Bestandsbewertung, Bedarfsfeststellung und Rahmenempfehlungen
6) Prioritätenentscheidung und Maßnahmenfestlegung

In dieser Reihung ist „Wirkungsorientierte Steuerung“ als zusätzlicher Punkt anzufügen. Was aber ist Wirkungsorientierte Steuerung? Gute Qualität in der Altenhilfe muss sich beweisen an ihren Auswirkungen auf die Zielgruppen und am Erreichen zukunftsfähiger Ziele. Damit ist die Frage nach der Wirkungsmessung gestellt.

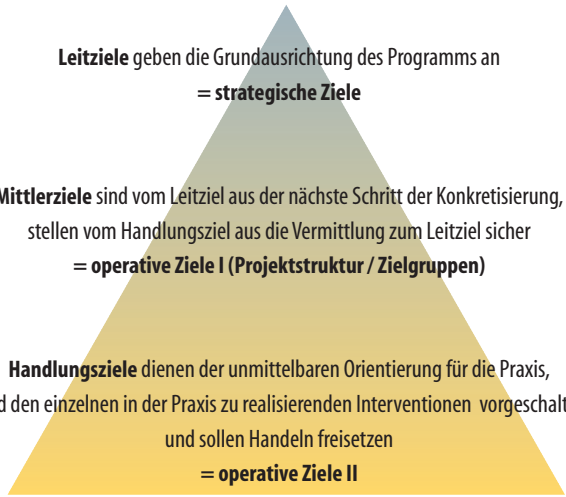
Diese hat die Aufgabe, Fakten als Hinweise auf die Ergebniserreichung (die Zielerreichung) zu liefern und damit die sozialpolitische Diskussion anzuregen sowie zu fundieren. Wenn es (Mess-)Daten zur Beschreibung von Wirkungen gibt, stellt sich die Frage, was damit anzufangen ist. Sinn geben sie nur, wenn sie zur Steuerung der Prozesse verwendet werden - in Umsetzung einer Strategie

DEMOGRAFIE-WEGWEISER ONLINE



Wo die Bevölkerung am stärksten zurückgeht, das Durchschnittsalter steigt und die Geburtenzahlen rückläufig sind - dies zeigt ein neuer Wegweiser der Bertelsmann Stiftung zum demografischen Wandel unter **www.wegweiserdemographie.de** im Internet. Auf dem bundesweit einzigartigen, frei zugänglichen Online-Portal werden demografische und sozioökonomische Daten jeder deutschen Kommune mit mehr als 5.000 Einwohnern bereitgestellt. Insgesamt erhalten damit rund 3.000 Städte und Gemeinden, in denen 85 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands leben, Informationen über ihre mögliche demografische Entwicklung. Der Wegweiser lässt sich als Frühwarn- und Informationssystem nutzen von Kommunen, die den demografischen Wandel aktiv gestalten wollen, und bietet auch konkrete Handlungsempfehlungen.

DAS DREIGLIEDRIGE ZIELSYSTEM ALS ELEMENT WIRKUNGSORIENTIERTER STEUERUNG



Handlungsziele, Mittlerziele und Leitziele bestimmen das dreigliedrige Zielsystem für eine Wirkungsorientierte Steuerung. Quelle: Wolfgang Beywl / Ellen Schepp-Winter: Zielfindung und Zielklärung - ein Leitfaden, hrsg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1999, S. 42

[2] Klie, Thomas; Spiegelberg, Rüdiger (Hg.): Fürs Alter sorgen. Grundlagen, Methoden, Standards kommunaler Altenplanung. Reihe: Forschungs- und Projektberichte, Bd. 13; Hg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e.V., 1. Aufl. Freiburg im Breisgau 1998 (Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung

[3] www.iss-ffm.de

zur Erreichung definierter und von den beteiligten Akteuren allseits anerkannter Ziele.

DIALOGORIENTIERTES CONTROLLING

Wirkungsorientierte Steuerung bedient sich einer Kombination von „harten“ und „weichen“ Daten und ist damit ein dialogorientiertes Controlling-Verfahren, das Sozialraum-Orientierung mit der Frage nach den Auswirkungen kombiniert. Dazu werden alltagstaugliche und praktikable Messinstrumente benötigt, die eine Balance herstellen zwischen einem mit überhöhtem Aufwand produzierten Datenpool und der Trivialisierung von Messdaten nach dem Motto „die eine Kennzahl, die mit geringem Aufwand alles erklärt“. Schließlich ist eine wichtige Datenquelle das Erheben der Sichtweisen und Wünsche der Betroffenen. Wirkungsorientierte Steuerung will Antworten liefern zu folgenden Fragen:

- Was von einem Programm oder einer Maßnahme kommt bei den Zielgruppen oder den Akteuren respektive in den Strukturen der Netzwerke tatsächlich an?
- Welche Effekte lassen sich nachvollziehbar darstellen?
- Wie lässt sich der Grad der Zielerreichung darstellen?
- Wie ist das Verhältnis zwischen dem Grad der Zielerreichung und den dazu aufgewendeten Mitteln (Effizienz)?

Dabei ist das dreigliedrige Zielsystem ein konstitutives Element Wirkungsorientierter Steuerung (siehe Schaubild). Es geht um konkrete inhaltlich und zeitlich definierte Kontrakte und ihr Management - jenseits einer Programmlogik, nach der ein Programm solange läuft, bis irgendwer - und häufig nicht abhängig von Erfolg oder Misserfolg, sondern von politischen Opportunitäten - das Ende eines Programms einläutet.

Solche Kontrakte müssen differenzierte Leistungsbeschreibungen enthalten und sich in Leistungsverträgen manifestieren. Sie müssen einen überschaubaren Zeitraum - drei bis fünf Jahre - umfassen und Elemente einer möglichen Flexibilisierung - etwa auf der Grundlage sich ändernden Bedarfs und als Auswirkung der Wirkungssteuerung - einschließen. Analog zum Denken in Kategorien des Qualitätsmanagements - hier etwa nach dem EFQM-Verfahren[4] - können Elemente eines fachlichen Wettbewerbs um die besten Lösungen vorgesehen werden.

ANWENDUNG EINGESCHRÄNKT

Weil Wirkungsorientierte Steuerung eben nicht das neue, alle Probleme lösende Heilverfahren ist, muss gemahnt werden: Wirkungsorientierte Steuerung kann nicht erfolgreich sein,

- wenn die Ebene der Entscheidungsträger - in Politik und Verwaltung, Verbänden und Betroffenenorganisationen - nicht wirklich dahintersteht;
- wenn ein schlechtes Kommunikations-/Kooperationsklima besteht und zunächst „Flurbereinigung“ im Sinne der Aufarbeitung von Kontroversen nötig ist;
- wenn Effekte „gestern“ erreicht sein müssen und die nötige Zeit für einen Konsens- sowie Aushandlungsprozess nicht eingeräumt wird;
- wenn die beteiligten Institutionen - von der Kommune über die Verbände bis zu den Initiativen - Auswirkungen Wirkungsorientierter Steuerung in ihren Binnenstrukturen (Aufbau- und Ablauforganisation) nicht zulassen.

Eines muss klar sein: Wirkungsorientierte Steuerung ist kein Allheilmittel. Konsequent angewandt bedeutet sie aber einen Paradigmenwechsel in Politik, Verwaltung und Verbänden, in deren Rahmen sich vieles grundlegend ändert[5].

KONTAKT

iSPO-Institut für Sozialforschung, Praxisberatung und Organisationsentwicklung GmbH

Luisenstraße 56
53129 Bonn
Tel. 0228-2427-351
Fax 0228-2427-352
E-Mail: ispo.bonn@ispo-institut.de

Saargemünder Straße 40
66119 Saarbrücken
Tel. 0681-9850-167
Fax 0681-9850-169
Internet: www.ispo-institut.de
E-Mail: ispo@ispo-institut.de

[4] European Foundation for Quality Management; Vgl.: www.deutsche-efqm.de

[5] Zur Thematik vgl. auch: Wirkungsorientierte Steuerung in der sozialen Arbeit; Ergebnisse einer internationalen Recherche in den USA, den Niederlanden und der Schweiz; Dr. Jan Schröder / Daniel Kettiger; Band 229 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Verlag W. Kohlhammer (2001)

software) systems) solutions)

mps)

Die Zukunft des Spielplatzes sichern.

Damit Kinder auch morgen noch Spaß daran finden. mps bietet die intelligente Hilfe für die Sanierung der Kommunalfinanzen.

NEUES FINANZWESEN
Jetzt Bilanz ziehen!
Mit der Finanzmanagement-Lösung für kommunale Doppik. Analyse- und Planungstools inklusive.

VERMÖGENSBEWERTUNG
Jetzt kostenlos starten!*
Mit leistungsstarker Software zur Erfassung und Bewertung des kommunalen Vermögens.

NEUES BÜRGERAMT
Jetzt modernisieren!
Mit dem Komplettsystem für das Einwohnermeldewesen. OSCI-fähig und ePass-tauglich!

Sie möchten wissen, welche Vorteile mps-Software Ihrer Verwaltung bietet? Sprechen Sie mit uns.

Tel.: 02 61/88 44 203 www.mps-solutions.de

mps public solutions gmbh
Carl-Spaeter-Str. 15
56070 Koblenz

Fax 02 61 / 88 44 288
info@mps-solutions.de

Microsoft GOLD CERTIFIED Partner

Zertifiziert durch: TÜVIT SAKD KonFIT

* im Rahmen einer Testgestellung

Nordrhein-Westfalen - Kind der Siegermächte

Rudolf Amelunxen, erster Ministerpräsident des Landes NRW, spricht auf der konstituierenden Sitzung des ernannten NRW-Landtages am 2. Oktober 1946 im Düsseldorfer Opernhaus

Ein jährlicher NRW-Tag Ende August soll künftig an die Gründung des Landes durch britische Weisung im Sommer 1946 erinnern

Mit dem Geburtstag von Staaten ist das so eine Sache. Nimmt man dafür den Tag des Gründungsbeschlusses? Hebt man eher auf das In-Kraft-Treten der erforderlichen Verträge ab? Oder sieht man den Staat erst als gegründet an, wenn dessen Regierung die Arbeit aufnimmt? Das Problem stellt sich auch beim Land Nordrhein-Westfalen, das 2006 auf ein 60-jähriges Bestehen zurückblicken kann.

Wie manch anderes „Bindestrich-Bundesland“ ist Nordrhein-Westfalen eine Kunstschöpfung, aber doch auf historischen Grundlagen. Bekanntlich hatten die Nationalsozialisten ab 1933 die Länder des deutschen Reichs Schritt für Schritt entmachtet und teilweise neue Regionalgliederungen - angelehnt an die Parteiorganisation - etabliert. Jedoch waren das Rheinland und Westfalen bereits seit 1815 Provinzen des Königreichs Preußen, später des Landes Preußen gewesen. Und Westfalen hatte als Verwaltungseinheit die NS-Zeit überdauert.

Als die Briten nach der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 die Macht in ihrer Besatzungszone übernahmen, war die ehemalige Provinz Rheinland bereits beschnitten. Die Gebiete südlich von Sieg und Ahr fielen den Franzosen zu. Aus den verbleibenden Regierungsbezirken Aachen, Köln und Düsseldorf bildeten die Briten die Provinz Nordrhein. Noch im Sommer 1945 setzten sie für diese und für die Provinz Westfalen Oberpräsidenten ein. Den neuen Machthabern war rasch die Einsicht gekommen: ohne eine professionelle einheimische Verwaltung geht es nicht voran.

ABTRENNUNG DES RUHRGEBIETS

Mancher im Rheinland und in Westfalen machte sich darob Hoffnungen, diese Provinzen könnten zum Bundesland eines künftigen deutschen Föderalstaats aufsteigen. Doch die politische Lage im Westen Deutschlands war erheblich komplizierter. Frankreich als vierte Siegermacht erhob Ansprüche auf den gesamten linkrheinischen Landesteil, um so vor künftigen Angriffen des kriegerischen Nachbarn besser geschützt zu sein. Zudem forderten die Franzosen - im Einklang mit der Sowjetunion - die Internationalisierung des Ruhrgebiets, um von dessen Ressourcen im Bereich Kohle und Stahl zu profitieren.

Wären die Briten darauf eingegangen, hätte sich die wirtschaftliche Lage in den kriegszerstörten Gebieten wohl noch weiter verschlechtert und die Kommunisten hätten noch mehr Zulauf erhalten. Andererseits mochte man Frankreich als Bündnispartner in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion nicht verprellen. Insgesamt erschien es den Briten, als könne man dem sowjetischen Vormachtstreben am besten Einhalt gebieten, wenn man starke Bundesländer schaffe.

Als die Franzosen im Frühjahr 1946 konkrete Schritte zur Abspaltung des Ruhrgebietes ergreifen wollten, entschloss sich die britische Regierung zum Handeln. Am 21. Juni 1946 fiel die Entscheidung, die Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem neuen Bundesland zusammenzuschließen. Erst am 17. Juli erfuhren die Deutschen davon, und mit der Verordnung Nr. 46 vom 23. August 1946 wurde die Landesgründung - intern unter dem Codewort „Marriage“ geführt - rechtskräftig.

RHEINLÄNDER FÜR ZUSAMMENSCHLUSS

Auf deutscher Seite fanden sich Befürworter der Fusion vorwiegend im Rheinland. Auf diese Weise - so hoffte man - würden den industriellen Ballungsräumen des

ZUR SACHE

BÜRGERFEST IN DÜSSELDORF

Die Landeshauptstadt Düsseldorf war am 26. und 27. August - kurz nach dem offiziellen NRW-Geburtstag - Schauplatz eines großen Bürgerfestes. Am Rheinufer zwischen Burgplatz und Stadttor präsentierten sich mehr als 9.000 Teilnehmer auf elf Bühnen sowie in 200 Zelten. Kommunen, Verbände, Vereine, Schulen sowie Unternehmen waren aufgerufen, den „Landesgeburtstag“ auf ihre Weise kreativ zu gestalten. Die Programmpunkte gruppierten sich in die Themenbereiche „Sportland NRW“, „Kinderland NRW“, „Bürgermeile NRW“, „NRW100 - Perspektive 2046“, „Guter Nachbar NRW“, „NRW medial, interaktiv und kommunikativ“ sowie „Musikland NRW“.

Rheinlandes ländliche Ausgleichsflächen zur Seite gestellt. Zudem herrschte die Meinung, ein großes bevölkerungsreiches Land biete mehr Schutz vor Abspaltungstendenzen von Gebieten links des Rheins. Demgegenüber wünschten sich die Westfalen mit ihrem ausgeprägten regionalen Selbstbewusstsein eher ein eigenes Bundesland.

Auch parteipolitisch wurde die Frage „ein oder zwei Länder“ kontrovers beurteilt. Die Sozialdemokraten, die einen künftigen Zentralstaat Deutschland herbeisehnten, sahen in einem starken Nordrhein-Westfalen eher ein Hemmnis. Anders die CDU: Dort lebte die Hoffnung, mithilfe des ländlichen Westfalen eine starke christlich-konservative Basis in dem neuen Bundesland zu schaffen. Doch die Briten ließen sich durch solche Überlegungen aus den Reihen der „Besiegten“ nicht vom Kurs abbringen.

Es dauerte nicht lange, bis das neue Staatsgebilde handlungsfähig war. Bereits im Frühsommer 1946 hatte der Oberpräsident von Westfalen, der parteilose Politiker Rudolf Amelunxen, mit der Regierungsbildung begonnen. Bezeichnenderweise hielt sich die CDU unter ihrem Vorsitzenden Konrad Adenauer abseits, da sie mit den ihr zugeteilten Ressorts nicht zufrieden war. Zur ersten Sitzung traf sich das NRW-Kabinett am 30. August 1946. Als nächsten Schritt ernannte die britische Militärregierung einen Landtag mit 200 Abgeordneten, der sich mehrheitlich aus den Provinzialräten Rheinland und Westfalen rekrutierte. Am 2. Oktober 1946 kam das neue Parlament in der Düsseldorfer Oper zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Noch fehlte die lippische Rose im neuen Landeswappen aus Rhein und Ross. Mehr einem geschichtlichen Zufall geschuldet, war das kleine Land östlich des Eggegebirges über alle territorialen Neugliederungen hinweg selbstständig geblieben. Nun verhandelte der Landespräsident von Lippe, Heinrich Drake, mit Vertretern der beiden neu gebildeten Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen über einen Anschluss. Neben dem Landesvermögen - so die Forderung der Lipper - sollten auch einige kulturelle Eigenheiten erhalten bleiben. Am 21. Januar 1947 machten die Briten dem Lavieren ein Ende und schlugen den Zwergstaat dem westlichen Nachbarn zu. (mle)

Zeitreise in die NRW-Geschichte

Pünktlich zum NRW-Landesjubiläum hat die Landeszentrale für politische Bildung ihre mehrfach ausgezeichnete Internetseite **www.geschichte.nrw.de** überarbeitet. Das Online-Angebot hält eine Sammlung von Berichten, Bildern und Originaltönen ab 1946 bereit. Sie ermöglicht „Zeitreisen“ in die politische und soziokulturelle Geschichte des Landes. Die Bandbreite reicht dabei von der „Operation Marriage“ - der Gründung des Bundeslandes im Jahre 1946 - über die „Cari colleghi italiani“ - die 1955 angeworbenen italienischen Arbeiter - bis zur Amtsübernahme von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers im Jahr 2005. Für den Relaunch wurde das Angebot, das neben Deutsch nun auch in Englisch, Türkisch und Russisch verfügbar ist, neu gestaltet und im Umfang fast verdoppelt.

ZUR SACHE

Einmal pro Jahr NRW-Tag

Anlässlich des 60-jährigen Bestehens von Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung einen jährlich wiederkehrenden Gedenktag ins Leben gerufen. Dieser so genannte NRW-Tag soll jeweils in einer anderen Stadt oder Gemeinde stattfinden - möglichst am 23. August, dem Tag, als 1946 die Verordnung der britischen Militärregierung bekannt gemacht wurde. Dabei wollen Kommune und Land gemeinsam ihre Stärken und Vorzüge präsentieren. Im kommenden Jahr 2007 wird die Stadt Paderborn den Nordrhein-Westfalen-Tag ausrichten. 2008 wird nach den Vorstellungen der NRW-Landesregierung die Stadt Wuppertal Gastgeber sein. Über die Veranstaltungsorte für 2009 bis 2011 entscheidet ein Wettbewerb, der noch in diesem Jahr ausgeschrieben wird.

Anzeige

Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen sucht zum 01.01.2007 eine(n)

Verwaltungsreferentin/Verwaltungsreferenten

Gemessen an den herausgehobenen Funktionen eines kommunalen Spitzenverbandes ergeben sich für den Verwaltungsreferenten/die Verwaltungsreferentin besonders verantwortungsvolle Aufgaben. Diese umfassen u. a. Organisation der inneren Verwaltung sowie des Finanz- und Personalwesens, Durchführung von Tagungen und Kongressen, Seminarkoordination, Datenerhebung und -pflege in Bezug auf die Verbandsorgane, Beschaffungswesen und Hausverwaltung.

Für die Anstellung kommen vorzugsweise jüngere Beamte/Beamtinnen des gehobenen Dienstes mit Erfahrung im Finanz- und Personalwesen in Betracht. Da ein doppischer Haushalt eingeführt werden soll, sind entsprechende Kenntnisse wünschenswert. Kommunalpolitische Erfahrung ist von Vorteil. Die Einstellungsbedingungen richten sich nach den Voraussetzungen des Bewerbers/der Bewerberin. Schwerbehinderten wird bei gleicher Eignung Vorrang gewährt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 30. Sept. 2006 an:

Hauptgeschäftsführer des Städte- und
Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen
- persönlich -
Postfach 10 39 52
40030 Düsseldorf

Gender Mainstreaming im Praxistest

Fotos: Stadt Pulheim

Gelungenes Gender Mainstreaming: Seit Eröffnung im Juni 2006 ist der Pulheimer Stadtgarten zum Besuchermagnet für Jung und Alt geworden

Bei der Neugestaltung des Stadtgartens in Pulheim hat sich die Verwaltung konsequent an Kriterien des Gender Mainstreaming orientiert

Während es immer mehr Ratsbeschlüsse zu Gender Mainstreaming (GM) gibt, steht die Implementierung - im Sinne einer Querschnittsaufgabe und als strategisch gesteuerter Prozess - in den Kommunen noch am Anfang. Erste Berührungspunkte mit GM entstanden in Pulheim 2002 in einer Fortbildung der Führungskräfte. Nach dem Motto „Versuch macht klug“ wurde GM bei der Neugestaltung eines kleinen Parks exemplarisch erprobt.

DIE AUTORIN
Ulrike Liebau ist Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pulheim

Das Bundesbauministerium hatte Pulheim und Dessau als Modellstädte für ihr Forschungsfeld „Gender Mainstreaming im Städtebau“ ausgewählt. Ziel war es, übertragbare Strategien zu erarbeiten, mit denen GM im Planungsalltag von Kommunalverwaltungen systematisch umgesetzt werden kann (Informationen im Internet unter www.bbr.bund.de). Das Forschungsvorhaben ist im Mai dieses Jahres abgeschlossen und der neu gestaltete Pulheimer Stadtgarten am 13. Juni 2006 eröffnet worden.

Bereits im Jahr 2003 wurden in einem Beteiligungsverfahren Leitziele und Kriterien für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung erarbeitet, einem „Gender-Check“ unterzogen und beschlossen. Die Mitarbeiter/innen des Planungsbereiches wurden in Gender-Trainings geschult. Sie lernten, ihre Arbeit aus der Gender-Perspektive zu betrachten, und übten die Verbindung von Fachwissen und Genderwissen ein. Michael Senk, Erster Beigeordneter und Baudezernent in Pulheim, sieht in GM ein bedeutendes Handlungsfeld: „Gender Mainstreaming halte ich für einen guten Weg, um den im Baugesetzbuch verankerten Abwägungs-Tatbestand der Chancengleichheit systematisch in die kommunale Planung einzuführen“.

MODELLPROJEKT STADTGARTEN

Ende der 1980er-Jahre wurde im Zentrum von Pulheim der Stadtgarten angelegt. Die Gestaltung konnte nicht sofort in der gewünschten Qualität realisiert werden, weil nur geringe Mittel zur Verfügung standen. Hinzu kommt, dass die Fläche privaten Eigentümer/innen gehörte und es erst nach und nach gelungen ist, den größten Teil der Grundstücke aufzukaufen. Der heute rund 7.700 Quadratmeter große Stadtgarten fristete jahrelang ein kümmerliches Dasein. Er war nur zum Teil gestaltet, lediglich mit Rasen begrünt und wurde kaum genutzt. Viele Bürger/innen kannten ihn trotz seiner zentralen Lage nicht.

Hinzu kommt, dass die Fläche durch einen Parkplatz, Gärten und Wohngebäude zerschnitten wird. Trotzdem sprach einiges dafür, die Neugestaltung zum GM-Modellprojekt zu machen. Die Maßnahme war überschaubar und die Umsetzung konnte zeitnah realisiert werden. In den komplizierten Rahmenbedingungen lag der Vorteil einer gewissen „inhaltlichen Brisanz“ - und damit die Chance auf ein großes Interesse in der kommunalen Öffentlichkeit.

Die Verantwortlichen der Stadt versprachen sich vom Projekt die Möglichkeit, den Planentwurf unter dem Aspekt „Geschlechtergerechtigkeit“ zu qualifizieren und dadurch die Nutzungsmöglichkeit für weite Teile der Bevölkerung zu optimieren. Der Pulheimer Rat votierte schließlich geschlossen für die Umsetzung von GM in der Neugestaltung des Stadtgartens. Am 2. Juli 2004 gaben Bürgermeister Dr. Karl August Morisse und Staatssekretär Tilo Braune den Startschuss für das Modellvorhaben.

ZUR SACHE

Die Stadt Pulheim ist 1975 durch Zusammenlegung von drei Kommunen entstanden. Damals lebten im Stadtgebiet 38.000 Einwohnerinnen und Einwohner, heute sind es mehr als 53.000. Die Stadt liegt an der nordöstlichen Grenze des Rhein-Erft-Kreises und grenzt unmittelbar an Köln. Sie gehört zu einer der wirtschaftsstärksten Regionen im gesamten Bundesgebiet. 2004 wurde Pulheim mit dem Prädikat TOTAL E-QUALITY für Chancengleichheit ausgezeichnet.

Organisationsstruktur des GM-Projekts Stadtgarten Pulheim			
	Beteiligte	Funktion	GM-Aufgabe
Steuerungsgruppe	Erster Beigeordneter, Leiterinnen Koordinierungsstelle Umweltschutz und Stadtplanung, Gleichstellungsbeauftragte	Prozesssteuerung, Qualitätssicherung	Wird beim Prozess und Ergebnis GM in der notwendigen Qualität realisiert?
Projektgruppe	Mitarbeiter/innen der Stadtplanung, Jugendhilfeplanerin, Seniorenbeauftragte, beauftragter Landschaftsarchitekt	fachlich-inhaltliche Bearbeitung	Was sind fachliche Kriterien für eine Gender-gerechte Grünfläche? Tragen Ideen, Wünsche und Planungen zum Ziel der Chancengleichheit bei?
Beteiligungsverfahren (Befragung, Fest, Planungswerkstätten)	Interessierte Bürger/innen, Anwohner/innen, Vertreter/innen benachbarter Einrichtungen, Vertreter/innen der Politik und thematisch relevanter Organisationen	Einbindung relevanter Akteur/innen	Werden die Wünsche und Interessen der verschiedenen Gruppen von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen gleichermaßen berücksichtigt?

PAKET VON ZIELEN

Am Anfang eines GM-Prozesses stehen zwei wichtige Arbeitsschritte: die Bestandsanalyse und die Entwicklung von Zielen. Grundlage einer solchen Analyse ist eine Zusammenstellung kommunaler Daten, mit denen die Ausgangslage des Projektes geschlechter-differenziert abgebildet wird. Durch den zweiten Schritt „Ziele und Qualitätskriterien entwickeln“ bekommt der Prozess inhaltliche Orientierung und Konflikte werden frühzeitig sichtbar.

Das GM-Ziel in Bezug auf die Flächennutzung im Stadtgarten heißt, diese so zu steuern, dass die spezifischen Lebenssituationen von Frauen und Männern - und die daraus resultierenden Bedürfnisse - berücksichtigt werden. Dabei ist besonders zu beachten: Lassen sich Freizeitbedürfnisse und so genannte Versorgungsarbeit - etwa die Betreuung kleiner Kinder - miteinander verbinden? Werden die verschiedenen Gruppen von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen - vor allem durchsetzungsschwächere - bei der Raumaneignung unterstützt? Ist die Fläche so gestaltet, dass sich alle sicher fühlen? Für das Stadtgarten-Projekt folgte daraus, dass der Planentwurf mit dem Querschnittsziel „Chancengleichheit“ qualifiziert werden musste.

Die vom Rat verabschiedeten Ziele lagen auf drei Ebenen. Bei den inhaltlichen Zielen ging es darum, den Stadtgarten zu einem für Frauen, Männer, Mädchen und Jungen in verschiedenen Lebensphasen und Rollengestaltungen gleichermaßen attraktiven Lebensraum zu machen. Laut der Prozessziele sollten geeignete GM-Kriterien entwickelt, im Beteiligungsverfahren überprüft und umgesetzt werden. Strukturell gesehen sollten die im Pilotprojekt erarbeiteten Handlungsabläufe in planerische Routineverfahren überführt werden.

Nach der Zielentwicklung wurde die Organisationsstruktur aufgebaut. Komplexität, Vernetzung, Konfliktpotenzial, Kooperationen und Synergieeffekte sollten sichtbar werden. Hierfür wurde erfasst, welche Personen, Gremien, Ämter und Organisationen für den Projekterfolg wichtig sind und wer wann und in welcher Form daran beteiligt werden sollte. Leitfragen für eine solche „Projektumfeld-Analyse“ waren beispielsweise:

- Wer beeinflusst den Erfolg des Projekts?
- Wer entscheidet darüber, ob das Projekt ein Erfolg wird?
- Wer gewährt Ressourcen und Legitimation?
- Wer muss mitarbeiten?
- Wer muss informiert werden?
- Auf wen haben das Projekt und sein Ergebnis darüber hinaus Auswirkungen?
- Wer hat außerdem Interesse an diesem Projekt?

Aus den Antworten resultierte eine umfangreiche Abbildung von Akteur/innen, deren Beteiligung zu regeln war. Die Entscheidung fiel auf eine Organisationsstruktur mit drei Arbeitsebenen (siehe Schaubild „Organisationsstruktur“). Bedeutsame Meilensteine des Projekts wurden im Verwaltungsvorstand beraten und von den zuständigen politischen Gremien entschieden.

WICHTIGER BAUSTEIN PARTIZIPATION

Beim Beteiligungsverfahren waren aus GM-Sicht drei Kriterien zu erfüllen:

- Die Information über das Vorhaben sollte so gestaltet sein, dass sie alle Bevölkerungsgruppen anspricht.
- Die Kenntnisse der verschiedenen Gruppen von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen sollten in den Planungsprozess einfließen.
- Der Planungsprozess sollte niedrigschwellig und so konzipiert sein, dass er den verschiedenen Gruppen von Frauen, Männern, Mädchen und Jungen tatsächlich offen steht.

Das Verfahren setzte sich aus mehreren Teilen zusammen - einem Stadtgartenfest, einer schriftlichen Befragung und zwei Planungswerkstätten. Auftakt war ein bunt gestaltetes und gut besuchtes Fest. Die Men-

1 + 1 = 3
Mehrwert durch kommunales Immobilienmanagement
BauGrund
Ihre Spezialisten
(02 28) 5 18 - 304
www.baugrund.de

ZITAT

Gender Mainstreaming ist mit seiner klaren Konzeption, dem umfassenden Abgleich der Interessen und seinen transparenten Planungsentscheidungen auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung eine viel versprechende Zukunftsstrategie.

Dr. Karl August Morisse, Bürgermeister der Stadt Pulheim

schen konnten den Stadtgarten kennen lernen, sich über das Pilotprojekt informieren und ihre Ideen zur Gestaltung einbringen. Strategisch gesehen ging es darum, eine positive Wahrnehmung der Fläche zu erreichen, den Stadtgarten vorteilhaft ins Gespräch - und in die Medien - zu bringen sowie die Bürger/innen zur Mitarbeit an der weiteren Planung zu motivieren.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit brauchte es besondere Bemühungen, um dem GM-Anspruch zu genügen. Manche Zielgruppe wurde beispielsweise mit Hilfe von Multiplikator/innen angesprochen, weil eine direkte Ansprache durch die Stadt nicht zum gewünschten Erfolg geführt hätte. Die Pulheimer/innen konnten sich beim Fest oder im Internet über den Planungsstand informieren und waren aufgefordert, an einer Umfrage zur bisherigen Nutzung und für zukünftige Wünsche teilzunehmen.

Die Befragung richtete sich mit unterschiedlichen Fragebögen an Erwachsene und Kinder. Ziel war, Aussagen über bisherige Nutzung zu erhalten und gleichzeitig ein erstes Forum für Nutzungswünsche zu eröffnen. Frauen beteiligten sich mit 67 Prozent an der Befragung - eine Bestätigung dafür, dass sie sich dann in Planungsverfahren einbringen, wenn sie gezielt angesprochen und beteiligt werden. Mehr als 40 Prozent derjenigen, die den Fragebogen beantworteten, wollten am weiteren Planungsprozess mitwirken.

Den ersten Spatenstich zur Park-Neugestaltung taten im November 2004 Pulheims Bürgermeister Dr. Karl August Morisse (rechts) und Eckhard Bergmann vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

PLANUNG MIT ALLEN

An den Planungswerkstätten beteiligten sich verschiedene Gruppen: Bürger/innen, die im Rahmen der Befragung ihr Interesse geäußert hatten, Anwohner/innen, verschiedene Interessengruppen, Vertreter/innen benachbarter Einrichtungen, des Rates und der Verwaltung. Wieder waren etwas mehr als die Hälfte Frauen. Die Workshops hatten mehrere Funktionen: die Planung für die Grünfläche konkretisieren, die Wünsche der Bürger/innen hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Geschlechter überprüfen, potenzielle Nutzungskonflikte offen legen und zu konstruktiven Vereinbarungen führen.

Für eine effektive Kommunikation wurde in wechselnden - nach Gender-Kriterien zusammengesetzten - Kleingruppen gearbeitet. Die Ergebnisse wurden in einen Planentwurf übersetzt, dieser von allen Beteiligten befürwortet und vom Rat der Stadt Pulheim einstimmig verabschiedet. Das Vorgehen öffnete den Planungsprozess und ermöglichte Akteur/innen die Mitsprache, die bei gängigen Beteiligungsverfahren sicher nicht erreicht worden wären.

Fälschlicherweise wird GM häufig mit geschlechtergerechter Partizipation gleichgesetzt. Optimierung von Prozessabläufen und ein qualitätsvolles Beteiligungsverfahren sind aber kein Selbstzweck. Wichtig ist, dass das Ergebnis zur Chancengleichheit beiträgt. Besondere Aufmerksamkeit lag bei der Planung auf diesen Aspekten: gleichberechtigte Angebote für alle Nutzer/innen sowie Kommunikationsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen schaffen, Versorgungsarbeit berücksichtigen und Sicherheitsaspekte beachten (Einsehbarkeit, Übersichtlichkeit, Beleuchtung, soziale Kontrolle und Ähnliches).

VIELSEITIGE NUTZUNGSMÖGLICHKEITEN

Von Vorteil war, dass der Eingangsentwurf bereits eine kleinteilige Nutzung vorsah. Der Beteiligungsprozess konnte an die

Der endgültige Plan für den Stadtgarten sieht eine kleinteilige Nutzung mit Treffpunkten und Angeboten für unterschiedliche Gruppen vor

vorhandene Grundstruktur anknüpfen, sie konkretisieren und im Detail auf ihre Gender-Qualität hin überprüfen. Gleichwohl führten Beteiligung und Gender-Prüfung zu bemerkenswerten inhaltlichen Veränderungen. So wurde der geplante zentrale Platz zugunsten von kleinteiligen Treffpunkten und Nutzungsangeboten für unterschiedliche Gruppen in der Fläche reduziert und verlagert. Die Fläche wurde übersichtlicher, indem die Eingangssituationen betont und in der Mitte eine große Liegewiese mit Baumbestand angelegt wurde.

Insgesamt wurden die Angebote für Zielgruppen stärker differenziert - beispielsweise die Spielbereiche für jüngere und ältere Kinder getrennt oder auf Wunsch von Seniorinnen ein Sinnesgarten anstelle eines Rhododendron-Tals angelegt. Ältere Männer konnten sich mit der Forderung nach einer Boule-Bahn durchsetzen. Auch beim Mobiliar gab es einige Änderungen - etwa der Verzicht auf eine Bühne. Stattdessen wurde als zentraler Punkt ein Brunnen gebaut. GM hat somit im Pulheimer Stadtgarten deutliche Spuren hinterlassen. Die Pulheimerinnen und Pulheimer sind überaus zufrieden mit ihrer neuen Grünfläche.

In der kommunalen Planungspraxis wird meist davon ausgegangen, dass mit dem Menschen als Maß des Planens die Belange von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigt sind. GM bedeutet gerade nicht, alle Interessen „unter einen Hut zu bekommen“, und es lässt sich nicht reduzieren auf die Devise „Wir machen Planung für alle“. Die vielfältigen Lebensformen und unterschiedlichen Bedürfnisse werden nicht adäquat berücksichtigt, wenn der Planung nur pauschal die Interessen der Bevölkerung - bestenfalls differenziert nach Jung und Alt - zugrunde liegen.

Viel Römisches auch jenseits des Rheins

Foto: LWL / Ludwig

Bodenverfärbungen verweisen auf Fundamente römischer Speicherhäuser - hier die Ausgrabung des Lagers Delbrück-Anreppen

Die landläufige Vorstellung, Westfalen sei nach der Varusschlacht von römischer Zivilisation nicht mehr erreicht worden, ist von der aktuellen Forschung weitgehend widerlegt

Die Rheinländer haben Sarkophage. Statuen. Tempelsäulen. Die Westfalen haben - Speerspitzen. Tonkrüge. Feigensamen. Das Erbe der Römer, die vor mehr als 2.000 Jahren das Land zwischen Rhein und Weser betraten, ist höchst unterschiedlich gestreut. Während das linksrheinische Gebiet von der Hochkultur der Eroberer aus dem Süden profitierte, bekam der westfälische Landesteil scheinbar nur Brosamen ab. Herrschte ruhr- und lippeaufwärts bis zu Karl dem Großen mehr oder weniger Barbarei?

Neuere Forschungen - und die Gesamtschau des bereits Bekannten - legen das Gegenteil nahe. Westfalen war nicht so gänzlich frei von römischem Einfluss und römischer Zivilisation, wie es das Fehlen römischer Staatsmacht nach der verheerenden Schlacht im Teutoburger Wald um 9 nach Christus suggeriert. Im westfälischen Boden stecken noch unzählige Spuren der antiken Leitkultur - oft unscheinbar und ohne vordergründigen Glanz. Konsequenterweise schenkt man in Westfalen jedem einzelnen Stück besondere Aufmerksamkeit und spart nicht an Publicity.

Über die unterschiedliche Präsenz der Römer im Rheinland und in Westfalen weiß die Fachwelt hinlänglich Bescheid. Westlich des Rheins, in der Provinz Germania inferior (Niedergermanien), gab es für 400 Jahre Straßen, Städte, römisches Militär und römische Verwaltung. Aus den Regionen östlich des Rheins hatten sich die Südländer nach einem kurzen Gastspiel von 28 Jahren um das Jahr 16 nach Christus zurückgezogen. Was die Römer in dieser kurzen Zeitspanne aufgebaut hatten - Militärlager, Hafenanlagen, einzelne zivile Siedlungen -, verfiel in kurzer Zeit.

INFRASTRUKTUR IM EILTEMPO

Dennoch muss diese kurze Epoche, in der Eroberungskrieg und Verwaltungsaufbau Hand in Hand gingen, äußerst fruchtbar gewesen sein. Wäre es nicht zur Katastrophe der Varusschlacht gekommen, könnte man heute in Haltern oder Soest wohl römische Tempelfundamente bestaunen. Innerhalb weniger Jahre bauten die römischen Truppen entlang der Lippe eine militärische Infrastruktur mit Winterlagern und Versorgungsdepots auf, von wo aus sie in die umliegenden Regionen ausschwärmten. Freilich bestanden sämtliche Bauten aus Holz-Lehm-Fachwerk, das im Boden außer einer Verfärbung keine Spuren hinterlässt.

Die heutige Stadt Haltern kann dabei als Zentrum der römischen Aktivitäten im Westfälischen angesehen werden. Nordwestlich des heutigen Stadtzentrums haben Archäologen im Lauf der Jahrzehnte vier Römerlager nachgewiesen, zwei davon auf demselben Areal gebaut. Freilich war die Römerforschung hier nicht eine „Fingerübung“ zwischen zwei Grabungen im Rheinland, wo man auf weit eindrucksvollere Funde hoffen konnte. Im Gegenteil - die 1899 begonnene Ausgrabung der Halterner Lager wurde von dem prominenten Archäologen Carl Schuchhardt in Angriff genommen. Er bescherte der Nachwelt eine Typologie römischer Keramik, nach der bis heute Vasen und andere Gefäße datiert werden. Gerade weil Haltern nur so kurz römisch besiedelt war - etwa von 1 bis 9 nach Christus - lässt sich daraus eine solch genaue Zeitbestimmung ableiten.

Manches Lager verfügte bereits über Infrastruktur und Gebäude, die über das rein Militärische hinausgehen: Villen für hochgestellte Persönlichkeiten oder in Haltern Grabstätten entlang einer nach Westen führenden Straße. Letztere werden derzeit noch ausgegraben. Ein Großteil des ehemaligen Lagerareals ist mittlerweile neu bebaut. Die reichhaltigen Funde der Jahrhundertwende führten 1907 zur Gründung ei-

ZUR SACHE

Mit drei Millionen Euro fördert das Land in diesem Jahr die Bodendenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen. Das Geld geht an die Landschaftsverbände und die Kommunen für den Erhalt von Bodendenkmälern, die Erforschung archäologischer Funde, die Förderung junger Wissenschaftler sowie die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) erhält 1,1 Millionen Euro, darunter 50.000 Euro für die Auswertung so genannter Alt-Grabungen im Zusammenhang mit dem „Varus-Jahr“ 2009. Dies betrifft unter anderem Grabungen in Bergkamen-Oberaden, Delbrück-Anreppen, Gelsenkirchen, Paderborn und Soest-Ardey. An die Stadtarchäologie gehen gut 277.000 Euro.

Foto: Westfälisches Römermuseum Haltern

Vielfältige Belege für römische Präsenz östlich des Rheins zeigt das Westfälische Römermuseum Haltern

Foto: Lehrer

Zum Thema „Varusschlacht" stellte das Rheinische Landesmuseum Bonn eine römische Legion aus Spielzeugfiguren nach

nes Museums, das aber die Wirren des 2. Weltkriegs nicht überlebte. Erst in den 1980er-Jahren kam beim Halterner Verein für Heimatkunde und Landschaftspflege und beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe der Wunsch auf, das Thema „Römer in Westfalen" wieder öffentlich sichtbar zu dokumentieren. Im November 1993 wurde das Westfälische Römermuseum eröffnet, das seitdem die wichtigsten Funde aus den römischen Feldlagern entlang der Lippe präsentiert.

MYTHOS VARUSSCHLACHT

Nach wie vor beherrscht die Varusschlacht, an die 2009 mit großen Ausstellungen und Kongressen erinnert werden soll, die Römerforschung in Westfalen. Generationen von Hobby-Historikern haben den Ort dieser für den römischen Feldherrn Publius Quinctilius Varus vernichtenden Niederlage gesucht, der von den antiken Autoren nur vage als „Teutoburger Wald" bezeichnet worden ist. Die jüngsten Forschungen legen nahe, dass dies der niedersächsische Ort Kalkriese bei Osnabrück gewesen ist. Dennoch erhält Dr. Rudolf Aßkamp, Leiter des Westfälischen Römermuseums in Haltern, noch fast wöchentlich Dokumentationen mit anders lautenden Thesen zugeschickt.

„Methodisch und inhaltlich sind die meist wenig hilfreich", schätzt der Archäologe nüchtern ein. Meist fehlt jedwedes Fundstück, um die Theorien zu untermauern. Aber ihm liegt daran, ernsthafte Hobby-Historiker nicht zu entmutigen, sondern in die Forschung einzubinden. Schließlich ist ihnen mancher Zufallsfund zu verdanken - etwa das Römerlager Hedemünden an der Werra oder auch Kalkriese.

Die 2000-jährige Wiederkehr der berühmten Schlacht wirft bereits ihre Schatten voraus. Fünf Partner haben sich zur Initiative „2000 Jahre Varusschlacht - Imperium. Konflikt. Mythos" zusammengeschlossen, um im Jahr 2009 das historische Ereignis gebührend ins Rampenlicht zu rücken. An drei für die römische Epoche bedeutsamen Orten - Haltern, Kalkriese und Detmold - werden Ausstellungen an Fakten, Forschungsprobleme und Ideologien rund um dieses Ereignis erinnern.

Haltern als Zentralort westfälischen Römergedenkens kommt dadurch in Zugzwang - insbesondere gegenüber den rheinischen Nachbarn. „Zur wirksamen Vermittlung des römischen Erbes in Westfalen brauchen wir ein Freilichtmuseum in der Art von Xanten", weiß Rudolf Aßkamp. Die Konkurrenz ist groß. Neben dem niederrheinischen Vorbild - dem Archäologischen Park Xanten (APX) - lockt unweit von Haltern das 2004 eröffnete Westfälische Museum für Archäologie in Herne mit einer suggestiven, didaktisch überzeugenden Schau. Selbst Kalkriese, wo erst seit 15 Jahren gegraben wird, verfügt bereits über einen archäologischen Park und ein Besucherzentrum.

Mit Blick auf das Varusschlacht-Jubiläum kommt auch in Haltern etwas in Bewegung. Zwei bis drei Millionen Euro sollen aus dem Budget für 2009 in die Rekonstruktion eines Römerlagers investiert werden. Ein Teil des historischen Areals nördlich des Museums ist noch frei. Jedoch müsste die Stadt Haltern die Grundstücke erwerben, und der Bebauungsplan müsste geändert werden. Angesichts der Preisvorstellungen mancher Grundeigentümer sind hier - so Dr. Aßkamp - noch viele Hürden zu überwinden.

IMPULSE DURCH BERGBAU

Ein paar schlüsselbundgroße Bleistücke, gefunden vor wenigen Jahren in Soest, könnten das Bild von der römischen Präsenz in Westfalen erheblich verändern. Die unscheinbaren, trapezförmigen Klumpen bestehen mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Metall, das in der Gegend um Brilon und Bestwig-Ramsbeck gewonnen ist. Dass die Blei- und Zinkgewinnung dort im 15. oder 16. Jahrhundert begann, galt bisher als gesichert. Dass aber bereits die Römer dort Erz abgebaut und verhüttet haben könnten, wäre eine kleine Sensation.

Für die römischen Eroberer gehörte Bergbau zum „Standardprogramm" in jedem neu gewonnenen Gebiet, wie Dr. Thomas Fischer, Professor für provinzialrömische Archäologie an der Universität zu Köln, bestätigt. Ob in Spanien oder England - auch die

Foto: Lehrer

ZUR SACHE

Einen Metallsonden-Führerschein als Schutz vor Raubgräbern fordert der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Diese holten immer wieder archäologisch wertvolle Gegenstände aus dem Boden, um sie zu verkaufen. Dabei würden weder Fundort noch genaue Lage im Boden dokumentiert. Beides sind aber für die Forschung wesentliche Informationen. Nach Schätzungen des LWL gibt es in Westfalen-Lippe mehr als 600 Sondengänger, die mit Detektoren Metallteile im Boden aufspüren. Sie ließen sich gezielt ansprechen und für eine geordnete Forschung gewinnen, wenn man ihre Namen wüsste. Dazu müsste jeder Käufer eines solchen Geräts registriert werden, fordert der LWL.

Soldaten wurden zur Erkundung und zum Aufschluss von Erzlagerstätten abkommandiert. Dies könnte in den Jahren nach Christi Geburt auch im Sauerland der Fall gewesen sein. Denn das Lager Rüthen-Kneblinghausen lag nur gut 25 Kilometer von Ramsbeck mit seinen Bleierz-Vorkommen entfernt.

Intensiv beschäftigt mit dem römischen Bergbau in Westfalen hat sich der Kölner Althistoriker Dr. Peter Rothenhöfer. Er stützt seine These auf den Rest eines römischen Bleibarrens, der vor bald 100 Jahren in Bad Sassendorf-Heppen gefunden wurde. Das 13 Kilogramm schwere Endstück trägt die Buchstaben „L FLA“. Dies deutet Rothenhöfer als Produktmarke eines Bleiproduzenten Lucius Flavius, dessen Existenz bereits durch viele andere Funde belegt ist. Doch erst die jüngsten Untersuchungen des Münsteraner Mineralogen Michael Bode brachten Indizien, dass das Blei aus dem Sauerland kommt.

Für die Zeit bis zur Varusschlacht, möglicherweise auch bis zu den rechtsrheinischen Feldzügen des Germanicus um 16 nach Christus, würde römischer Bergbau im Sauerland „ins Raster passen“. Doch zahlreiche Funde wie etwa die Bleistücke und Gussreste aus Soest deuten darauf hin, dass es auch nach dem Abzug der römischen Truppen dort Bleigewinnung und -verarbeitung gegeben hat. Den Germanen fehlte dazu aber - nach allem, was man bisher weiß - das Know-how.

UNTERNEHMER IN FEINDESLAND

Rothenhöfer folgert daraus, dass auch nach dem römischen Rückzug römische Unternehmer und Ingenieure die sauerländischen Bleigruben ausgebeutet haben. Auch das wiederum ist in Fachkreisen keine ganz abwegige Vorstellung. Archäologe Thomas Fischer verweist auf starke Belege für römischen Bergbau im Siebengebirge, rechts des Rheins südöstlich von Bonn. Allerdings sei dieser Betrieb grenznah gewesen und von römischen Truppen links des Rheins leicht zu sichern.

Alles klärte sich auf, wenn man rund um die Bergwerke Hinterlassenschaften römischer Arbeiter fände. Das weiß auch Martin Straßburger, Archäologe aus Bestwig, der sich auf die Erforschung historischer Gruben spezialisiert hat. Er sieht klare Anzeichen, dass ein alter Stollen des 1974 aufgelassenen Bleibergwerks in Ramsbeck bereits zur Römerzeit angelegt worden ist. Über den Ursprung des so genannten Venetianerstollens gab es bisher nur Vermutungen, die von „Bronzezeit“ bis „frühes Mittelalter“ reichten.

Zwei Merkmale verweisen laut Straßburger auf römischen Ursprung: das rautenförmige Profil des Stollens und Bearbeitungsspuren einer Keilhacke. Ähnliches gebe es anderswo in Bergwerken, die klar den Römern zugeordnet werden können. „Nur der letzte Beweis fehlt noch - eine Tonscherbe oder eine Münze aus der römischen Kaiserzeit“, sinniert der Wissenschaftler.

Die These seines Kollegen Rothenburger, Römer hätten den Bergbau quasi in Feindesland über Jahrzehnte weiter betrieben, hält er für allzu gewagt. Eher müsse man von einem Technologietransfer in der kurzen Zeit römischer Präsenz ausgehen. Von den Römern angelernte Germanen hätten nach dem Abzug der Oberherren weiter Erz gefördert und verhüttet - und zwar für deren Bedarf. Die Germanen benötigten für ihre Alltagsgegenstände wenig Blei, die Römer für Hochbau und Haustechnik dafür umso mehr.

GRENZE DURCHLÄSSIG

Austausch von Waren, aber auch von Menschen, kennzeichnen für den Provinzialarchäologen Thomas Fischer die vier Jahrhunderte römischer Herrschaft: „Der Rhein ist keine undurchlässige Grenze gewesen“. Abgesehen davon, dass sich in germanischen Siedlungen in Westfalen jede Menge römischer Münzen, Schmuckstücke und Waffen fanden, wanderten auch Menschen zwischen beiden Welten. Zum einen warben die Römer ständig Germanen als Hilfstruppen oder für den Dienst in ihrer Armee an. Reich bestückte Grabstätten germanischer Adliger im Westfälischen deuten darauf hin, dass diese als Offiziere im römischen Heer gedient und ihren Lebensabend in der Heimat verbracht hatten.

◀ *Bleifunde aus Soest und anderswo werfen Fragen über die Fortdauer römischen Einflusses in Westfalen auf*

Foto: Lehrer

Bearbeitungsspuren im Venetianerstollen Ramsbeck deuten auf römischen Ursprung hin

Schließlich luden die Germanen bei ihren Raubzügen ins Linksrheinische nicht nur Beutegut auf, sondern verschleppten auch Kunsthandwerker und Facharbeiter. Das Bedürfnis, die höher stehende Kultur zu kopieren - und sei es nur in Äußerlichkeiten - muss übergroß gewesen sein. Also muss es - so Prof. Fischer - in Westfalen vereinzelt Römer in germanischen Siedlungen gegeben haben.

Solche Verflechtungen nachzuweisen, bedeutet für die Archäologen mühevolle Kleinarbeit. Das Lippische Landesmuseum in Detmold hat sich dieser Herausforderung gestellt. In einem fünfjährigen Projekt sollen tausende Fundstücke und Informationen, teils noch aus Grabungen der 1930er-Jahre, auf Querbezüge hin untersucht werden. „Wir wollen den römischen Einfluss auf die einheimische Kultur bestimmen“, umreißt Projektleiter Dr. Michael Zelle das Ziel. Mehrere Doktor- und Magisterarbeiten an Wissenschaftler in Bonn, Göttingen, Bochum und Basel hat er bereits vergeben.

Wie stark die Römer in Ostwestfalen-Lippe präsent waren - bis 16 nach Christus und darüber hinaus -, liegt weitgehend im Dunkeln. „Anhand der Vielzahl der Funde können wir sagen: Da muss etwas gewesen sein“, bestätigt Dr. Zelle. OWL sei als vergleichsweise dicht besiedeltes Gebiet ein wichtiger Ziel- und Durchgangsraum für die zur Weser vorstoßenden Römer gewesen. Freilich bereite die Datierung der Funde aus germanischen Siedlungen große Probleme. Selbst bei römischen Silbermünzen, deren Prägungszeit bekannt sei, könne man nicht

sagen, wann sie tatsächlich in den Boden gekommen seien. Aufgrund ihres Materialwerts kursierten sie noch Jahrzehnte nach der Ausgabe. Mangels schriftlicher Quellen müssen die Archäologen hier eng mit Naturwissenschaftlern, die das Material analysieren, zusammenarbeiten.

WEITERE RÖMERLAGER

Was hält Westfalen noch an Überraschungen aus der Römerzeit bereit? Sehr viel, glauben die Historiker. Spuren weiterer Römerlager an der Lippe oder landeinwärts müssten noch im Boden ruhen. Doch ob man diese auch findet, steht auf einem anderen Blatt. Lässt man die Geschichte der Ausgrabungen in den zurückliegenden 100 Jahren Revue passieren, war meist der Zufall Auslöser.

Heute werden die Archäologen eher durch die Erschließung neuer Baugebiete in Marsch gesetzt. Vieles ist wohl unter Siedlungen verborgen und kommt erst zutage, wenn Häuser abgerissen und durch größere Bauten ersetzt werden. In der Regel können die Forscher aber auf die Unterstützung der Kommunen rechnen. Für Grabungen im Lager Oberaden hat die Stadt Bergkamen beispielsweise 2003 und 2004 das Personal gestellt.

Auf die Überreste römischer Steinhäuser wagt kaum jemand mehr zu hoffen. Auch ein Straßennetz - zentraler Bestandteil römischer Infrastruktur - ist bisher nicht zu erkennen. Lediglich in Haltern und in Delbrück-Anreppen konnten Straßen in unmittelbarer Nähe eines Römerlagers nachgewiesen werden - aber nur indirekt anhand von Entwässerungsgräben am Rand. Vereinzelt könnten noch schriftliche Quellen zur Geschichte der Römer in Westfalen auftauchen - etwa Inschriften aus anderen Teilen des römischen Reichs oder rein theoretisch ein hölzerner „Schreibblock“, der 2.000 Jahre im Feuchtboden überdauert hat.

In der Spätantike, als das römische Reich sich aufzulösen begann, glichen sich das „zivilisierte“ Rheinland und das „barbarische“ Westfalen immer mehr an. Schließlich hat Karl der Große das vollendet, woran die römischen Feldherrn Drusus, Varus und Germanicus gescheitert sind: Rheinland und Westfalen zu einem Kultur- und Wirtschaftsraum zusammenzuführen. Gleichwohl bleibt ein Widerspruch in der westfälischen Haltung gegenüber den Römern. Man ist stolz, sie besiegt zu haben, legt aber Wert darauf, als unmittelbarer Nachbar Teil ihrer Kultur gewesen zu sein. (mle)

Beim Bauen an die Putzkosten denken

Bereits in der Planung werden beim Landschaftsverband Rheinland die Kosten eines Gebäudes über die gesamte Lebensdauer berechnet und der Entwurf wird entsprechend optimiert

Das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (GLM) des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) ist für alle Maßnahmen im Lebenszyklus der Immobilien

- des Allgemeinen Grundvermögens und
- für Baumaßnahmen im Sondervermögen der wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen

verantwortlich. Das GLM hat die Aufgabe, ganzheitliche Strategien zu entwickeln, um eine wirtschaftliche und Wert erhaltende Gebäude- und Grundstücksnutzung zugewährleisten. Die Leistungen umfassen Projektierung und Bewirtschaftung der Immobilien bis zu ihrem Verkauf oder Rückbau nach Aufgabe der Nutzung.

DER AUTOR
Harry Voigtsberger ist Erster Landesrat und Kämmerer des Landschaftsverbandes Rheinland

Das GLM steht, wie alle öffentlichen Bauverwaltungen, zunehmend in der Pflicht, sich im Hinblick auf Kosten sparende Maßnahmen nach außen hin effizient zu zeigen und wettbewerbsfähig zu sein. Deshalb fand eine prozess- und wertschöpfungsorientierte strategische Neuausrichtung statt. Systeme, Verfahren und Methoden wurden analysiert, um neue Chancen für das GLM zu generieren. Schwerpunkte des Facility-Managements

Nr.	Nutzungsgruppen		Kosten in Euro
100	**Kapitalkosten**		**127.289,43**
	110	Fremdkapitalkosten	127.289,43
		kreditfinanzierter Anteil Investitionskosten	5.657.307,99
		Fremdkapitalzins	4,50
	120	Eigenkapitalkosten (wird nicht aufgefüllt)	-,--
200	**Verwaltungskosten**		**30.000,00**
	210	Personalkosten	25.000,00
	220	Sachkosten	5.000,00
	290	Verwaltungskosten, sonstiges	
300	**Betriebskosten**		**40.000,00**
	310	Ver- und Entsorgung	10.000,00
	320	Reinigung und Pflege	28.000,00
	330	Bedienung der technischen Anlagen	500,00
	340	Inspektion und Wartung der Baukonstruktionen	1.000,00
	350	Inspektion und Wartung der technischen Anlagen	500,00
	360	Kontroll- und Sicherheitsdienste	
	370	Abgaben und Beiträge	
	390	Betriebskosten, sonstiges	
400	**Instandsetzungskosten**		**75.000,00**
	410	Instandsetzung der Baukonstruktionen	40.000,00
	420	Instandsetzung der technischen Anlagen	20.000,00
	430	Instandsetzung der Außenanlagen	10.000,00
	440	Instandsetzung der Ausstattung	5.000,00

Tabelle: LVR

Die Gesamtnutzungskosten eines Gebäudes setzen sich zusammen aus Kapitalkosten, Verwaltungskosten, Betriebskosten und Instandsetzungskosten

AUS DEM DStGB

Fachkonferenz „Älter werden in Deutschland“

Gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veranstaltet der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Konferenz „Älter werden in Deutschland - Kommunen stellen sich der Herausforderung“ am 14. September 2006 im Hotel Kanzler in Bonn. Aus zahlreichen Perspektiven informiert die Fachveranstaltung über die älter werdende Gesellschaft und die daraus notwendigen Konsequenzen für die Kommunalpolitik.

Die Bevölkerung in Deutschland wird älter und die Bevölkerungszahl geht zurück. Bereits im Jahre 2035 wird mehr als die Hälfte der Bevölkerung über 50 Jahre alt sein. Dieser Prozess hat große Auswirkungen insbesondere auf die Infrastruktur in den Städten und Gemeinden. Jede Kommune, aber auch Bund und Länder müssen sich der zentralen Herausforderung des demografischen Wandels stellen und dies zum Thema einer nachhaltigen Politikstrategie machen. Der DStGB möchte dem dringenden Handlungsbedarf mit geeigneten Konzepten und Maßnahmen Rechnung tragen und sowohl Kommunen als auch Unternehmen, Institutionen und Verbände zu gemeinsamen Handeln im Sinne einer seniorengerechten Gesellschaft ermutigen.

Zu den Themen der Fachkonferenz gehören neben Impulsen für die Seniorenpolitik auch der Einfluss des demografischen Wandels, Wohnen im Alter und bürgerschaftliches Engagement von Menschen über 50 Jahre. Darüber hinaus werden Best Practices aus Städten und Gemeinden präsentiert, die sich der Probleme bereits zukunftsweisend und modellhaft angenommen haben. Neben dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Hermann Kues aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der zum Thema „Potentiale des Alters - Neue Impulse der Seniorenpolitik“ sprechen wird, sind Dr. Eckhart Schnabel des Instituts für Gerontologie an der Universität Dortmund, Karl Großjohann vom Kuratorium Deutsche Altershilfe und zahlreiche weitere hochrangige Experten als Referenten und Diskussionspartner zum Erfahrungsaustausch anwesend.

(FM) sowie die Erfahrungen in Bauunterhaltung und Baubetrieb während der Nutzungsphasen werden nunmehr in Bauplanungen und nachfolgende Projekte einbezogen.

GANZHEITLICHE SICHTWEISE

Mit der Einführung des Immobilien-Controlling werden im GLM Investitionsentscheidungen einer ganzheitlichen Sichtweise unterzogen. Die Betrachtung umfasst die Langzeitwirkung über den gesamten Lebenszyklus der Immobilien. Lebenszyklus-Berechnungen werden als Standard für Neubau- und Sanierungsprojekte mit erwarteten Investitionskosten von mehr als 500.000 Euro obligatorisch durchgeführt, analysiert und ausgewertet.

Das Immobilien-Controlling wurde in einem formalen und standardisierten Verfahren im Januar 2006 eingeführt. Dabei werden Prozess begleitend rückkoppelnde Prüfläufe gewährleistet, eine indikatorengestützte Erfolgskontrolle durchgeführt und Entscheidungsprozesse einer kontinuierlichen Optimierung unterzogen. Schon mit Beginn der Vorentwurfsplanung von Baumaßnahmen werden DV-gestützte Investitionsrechnungen, Nutzwertanalysen und Wirtschaftlichkeits-Betrachtungen durchgeführt sowie Nutzungskosten- und Folgelastenberechnungen nach Stand der Planung mit zunehmender Gliederungstiefe ermittelt und im Rahmen des Immobilien-Controlling ausgewertet.

Die Folgelastenberechnungen erfolgen in der entsprechenden Gliederungstiefe analog zur Kostenberechnung - sprich: als Schätzung in der Vorentwurfsplanung, als Berechnung nach Vorlage des Entwurfs und als Feststellung nach dem ersten vollständigen Nutzungsjahr nach Fertigstellung der Baumaßnahme. In die Folgelastenberechnungen werden die Ergebnisse aus der Investitionskostenaufstellung nach DIN 276, Aufwand aus den Nutzungskostenberechnungen, Abschreibungen, Einnahmen, Erlöse und Tilgungen aufgenommen.

GESAMT-NUTZUNGSKOSTEN ERMITTELT

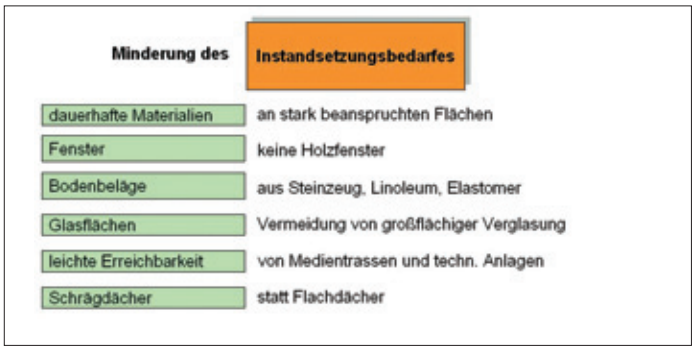
Als Nutzungskosten fließen in die Berechnungen sämtliche regelmäßig oder unregelmäßig wiederkehrenden Kosten vom Beginn der Nutzbarkeit baulicher Anlagen und deren Grundstücke bis zu ihrer Beseitigung ein. Die Gesamtnutzungskosten (siehe Tabelle links) setzen sich zusammen aus den Kapitalkosten - beispielsweise Zinsen für Fremdkapital, Eigenkapitalkosten -, den Verwaltungskosten - etwa Kosten der Aufsicht, der Fremd- und Eigenleistungen, Wert der vom Vermieter geleisteten Verwaltungsarbeit, Personal-, Sachkosten -, den Betriebskosten - etwa Reinigung und Pflege, Inspektion und Wartung, Abgaben und Beiträge - und den Instandsetzungskosten - beispielsweise der technischen Anlagen, der Außenanlagen und der Ausstattung.

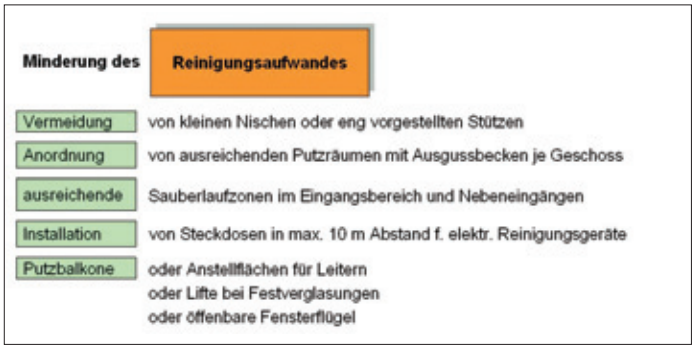
Grundlagen für die Kalkulation stellen der Vorentwurf, die Entwurfsplanung, die Kostenschätzung und Kostenberechnung nach DIN 276 sowie Erfahrungswerte aus anderen Projekten dar. Die Verfahrensweise zur Ermittlung der Nutzungskosten erfolgt analog zur Ermittlung der Investitionskosten. Sie werden zunächst mit einem anfänglichen Prognosewert ausgewiesen, der in der weiteren Betrachtung über die Laufzeit indiziert wird. Die Gesamtergebnisse aus den Berechnungen werden dokumentiert und fließen in die Folgelastenberechnung, die Investitionsrechnung und in weitere Analysen ein.

Zur Durchführung von Investitionsrechnungen kommt im Immobilien-Controlling des GLM eine spezielle Software zum Einsatz. Damit werden die unterschiedlichen finanzmathematischen Kennwerte wie Investitionsbedarf, Kosten (Nutzungskosten) sowie Erträge und Laufzeit zweier alternativer Planungen oder Komponenten als Entscheidungshilfe zu Investitionsvorschlägen aufbereitet und ausgewertet. Die Berechnungen von Alternativen zu Komponenten von Investitionsgütern[1] können ebenfalls erfolgen - beispielsweise die Komponente Bodenbelag, bei der die einzelnen Alternativen zu prüfen sind.

Die Projektentscheidung hängt letztlich vom Gesamtbild aller Teilberechnungen ab. Es erhält jene Variante die Freigabe zur Weiterbearbeitung, die den größten Anteil gesetzter Vorgaben und die höchsten Wichtungskriterien erfüllt. Die Ergebnisse der Berechnungen von Wichtung und Wertung werden in einer Matrix im Immobilien-Controlling dokumentiert. Aus den Ergebnissen der Einzelprojekte werden Grundlagen zur Definition von Kennzahlen und der Evaluie-

[1] Damit nicht unterschiedliche Begriffe verwendet werden müssen, werden alle zu untersuchenden Objekte als „Investitionsgüter“ bezeichnet.





Schaubilder: LVR

Wie man Reinigungsaufwand sowie Instandsetzungsbedarf gering halten kann, wird bereits bei der Planung entschieden

rung von Baustandards erarbeitet. Die Auswertungen im Immobilien-Controlling führen zu Vorgaben für weitere Bauvorhaben, zur Festlegung spezifischer Baustandards, Materialien, Ausführungen und Ähnlichem für die Planung.

STANDARDKATALOGE FÜR BAUPLANUNG

Die Kosten für Baureinigung und Bauunterhaltung in der Nutzungsphase übersteigen die Investitionssumme in der Regel schon nach sieben Jahren und entwickeln sich im Laufe des Lebenszyklus exponentiell nach oben. Außerdem können nach einer Untersuchung der KGSt mögliche Bauplanungsmängel die Kosten etwa für Reinigungsdienstleistungen um mehr als 70 Prozent erhöhen.

Als Planungshilfe wurden deshalb im GLM baureinigungsrelevante und bauunterhaltungsfreundliche Planungskriterien aufgestellt sowie im Juli 2005 die beiden Standardkataloge „Baureinigungsfreundliches Bauen“ und „Bauunterhaltungsfreundliches Bauen“ entwickelt und eingeführt. Sie sind seitdem Grundlage für die Planung und Durchführung von Bauprojekten. Weitere Kataloge sollen folgen. Die Standardkataloge werden einmal jährlich durch das Immobilien-Controlling überarbeitet. Um die Flexibilität für Neuerungen in Bezug auf Materialien, Konstruktionen oder Maßnahmen zu erhalten, wird während des laufenden Jahres durch Einzelprüfungen reagiert. Dabei können bei positivem Ergebnis Befreiungen erteilt werden.

Für die erforderliche Zustimmung zur Vorplanung sind durch die Planer grundsätzlich zwei alternative Lösungsmöglichkeiten vorzulegen. In einem Begleitblatt werden die wesentlichen Beschreibungen und Berechnungen dargelegt. Das Immobilien-Controlling prüft die Unterlagen, fertigt - wo nicht vorhanden - die Investitionsrechnungen, führt die Wirtschaftlichkeits-Untersuchungen zu den Alternativen Planungen und Komponenten durch und erarbeitet eine Beschlussempfehlung für das Baufinanz-Controlling des LVR.

SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE WIRKUNG

In der Entwurfsplanung wird dann die bevorzugte Alternative oder Variante durchgeplant und die Ergebnisse dem Immobilien-Controlling wieder zur Prüfung vorgelegt. Auch zum Entwurf wird ein Begleitblatt mit den Ergebnissen zu Investitionsrechnungen vorgelegt. Neben der ökonomischen Prüfung und Aufbereitung werden die Planungen auch auf ihre sozialen und ökologischen Wirkungen sowie die Einhaltung der beiden Standardkataloge untersucht.

Zur Kontrolle und Steuerung der Planungs-, Baudurchführungs- und Maßnahmenabläufe wurde ein EDV-gestütztes Berichtswesen im GLM eingeführt. Die Berichte dienen nicht nur der Maßnahmen- und Selbststeuerung, sondern sind zugleich Basis des regelmäßigen Berichtswesens an die Führungskräfte im GLM, die Amtsleitung, die Verwaltungsleitung und die politischen Gremien des LVR.

In den Berichtsblättern sind die SOLL-Daten der vereinbarten Ziele als Maßstab für die Beurteilung zur Zielerreichung beispielsweise von Terminen, Kosten und Qualität festgeschrieben. Die IST-Daten beziehen sich auf den Berichtszeitpunkt. Sie werden in Folge jeweils fortgeschrieben und der Sachstand entsprechend aktualisiert. Der Stand der Zielerreichung wird durch eine Ampeldarstellung visualisiert. Zur Förderung von Dialog und Kommunikation sowie zur Reflexion von Zielen oder Rahmenregelungen werden regelmäßige Feedback-Gespräche auf allen Berichtebenen zwischen Berichtempfängern und Berichterstattern geführt.

GESCHÄFTSPROZESSE UMGESTALTET

Das GLM des LVR hat sich den Herausforderungen gestellt. Die vorhandenen Geschäftsprozesse wurden in Frage gestellt und - wo nötig - grundlegend neu gestaltet. Das GLM versteht sich als strategisches Kompetenzzentrum, das durch Kopplung von Kompetenz und Verantwortung, technischem und kaufmännischem Wissen, durch integrale Prozesse und visionäre Strategien eine rege und reibungslose Zusammenarbeit der Partner „Bau“ - so etwa der Planer, Nutzer, Hausmeister, externe Fachingenieure - gewährleistet und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung für die Bauvorhaben des LVR ins Zentrum seines Wirkungsfeldes stellt.

Mit der Einführung des Immobilien-Controlling hat das GLM einen Paradigmenwechsel vollzogen - weg von einer partiellen hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung, weg von kategorisierter hin zu interdisziplinärer Kommunikation, weg von Einzelfalllösungen hin zu integrierten Nachhaltigkeits-Entscheidungen. Faktoren, die Einfluss haben auf Bauprojekte, werden vom Beginn der Planung in ihren Langzeitwirkungen betrachtet, und die Partner der jeweiligen Lebenszyklusphasen werden einbezogen in Planungs-, Nutzungs- und Entscheidungsprozesse. Wertebringer werden ausgelotet, Wertevernichter und Kostentreiber ausgesondert.

Dieser ganzheitliche Ansatz wurde zum Leitbild für die Handlungsgrundsätze und Strategien zur Nachhaltigkeit des Bauens im GLM erhoben. Ein kontinuierlicher Verbesserungs- und Optimierungsprozess wird sich im Sinne einer fortdauernden Nachhaltigkeitsstrategie anschließen.

Kassenwart mit Banker-Wissen

Das Verwalten kommunaler Gelder ist längst eine Managementaufgabe geworden, bei der die GPA NRW Städte und Gemeinden unterstützt

Nostalgische Kassen und Sparbücher haben sicherlich ihren Reiz. Im modernen kommunalen Finanzmanagement sind sie aber „out". Der heutige „Kassenverwalter" ist informiert über die günstigsten Konditionen für Geldanlagen, Finanzierungsinstrumente und vieles mehr. Auf diese Entwicklung hat die GPA NRW reagiert. Nicht die „grünen Häkchen" stehen im Vordergrund der Untersuchung, sondern die Frage „Wie wird gemanagt - was könnte noch verbessert werden?"

DIE AUTORIN
Marianne Wolf leitet die Öffentlichkeitsarbeit bei der GPA NRW

Die klar strukturierte, an Kennzahlen ausgerichtete, vergleichende Untersuchung bietet die Chance, den Kommunen rasch aktuelle Orientierungswerte und praktische Tipps an die Hand zu geben. „Liquiditätsmanagement" ist ein spannendes Thema, mit dem sich auch die GPA NRW auseinandersetzt. Die Bandbreite ist groß. Einerseits gibt es viele Kommunen, die erhebliche Kassenkredite zu finanzieren haben und auf der Suche nach möglichst niedrigen Zinssätzen sind. Andererseits findet man auch Gemeinden, die sich angesichts beachtlicher Rücklagen Gedanken über möglichst rentierliche Anlageformen machen.

Ob eine Kommune - auch für einen kurzen Zeitraum - einen in der Regel teuren Kontokorrentkredit oder den wesentlich günstigeren Kassenkredit nutzt, kann rasch zu einer Ersparnis oder einem höheren Zinsaufwand von mehreren tausend Euro führen. Ob Rücklagen - wie vielerorts üblich - ortsansässigen Kreditinstituten anvertraut werden oder ob der Wettbewerb genutzt und auch Angebote überregionaler Anbieter eingeholt werden, kann sich für den „Gemeindesäckel" ebenso gravierend auswirken.

INKASSO VERBESSERN

Um viel Geld geht es auch dort, wo säumigen Zahlern „auf die Füße getreten" wird - sprich: beim Inkasso-Management. Im Vergleich über Kennzahlen wird transparent, wer mit wieviel Aufwand welche Ergebnisse erzielt. Dabei berücksichtigt die GPA NRW die besonderen Verhältnisse vor Ort, und es werden nicht die sprichwörtlichen „Äpfel mit Birnen" verglichen. Teils rechnet es sich, eine zusätzliche Kraft in der Vollstreckung und Beitreibung offener Forderungen einzusetzen. Die Empfehlung kann aber auch lauten, Personal ef-

PRESSESTIMMEN

„Neue Westfälische" vom 11.08.2006

OWL-Kommunen verklagen das Land

Verfassungsbeschwerde gegen neue Abgabenberechnung des Landes / Millionenlöcher im Etat befürchtet

VON MATTHIAS BUNGEROTH

Bielefeld. Was haben die Bürgermeister von Borgholzhausen, Versmold, Halle, Harsewinkel, Steinhagen, Rheda-Wiedenbrück und Verl gemeinsam? Sie sind sauer auf die Landesregierung. Denn die berechnet die Höhe des Solidarbeitrags zur Förderung der neuen Bundesländer für die Kommunen ab sofort anders. Folge: Die angeführten Städte und Gemeinden müssen künftig Millionen mehr zahlen.

„Das ist ein Akt gesetzgeberischer Willkür", schimpft Thorsten Klute (SPD), Stadtoberhaupt von Versmold. 500.000 Euro wird das neue Gesetz die Stadt Versmold nach ersten Berechnungen kosten. Geld, das im laufenden Haushalt eingespart werden muss. „Es wird an vielen Stellen jeder in der Stadt merken", ist Klute sicher und schließt auch Kürzungen bei Vereinszuschüssen nicht aus.

Gemeinsam mit den genannten OWL-Kommunen haben 13 weitere Städte und Gemeinden in NRW eine Verfassungsbeschwerde beim Verfassungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben.

»Es droht uns das Abrutschen in ein Haushaltssicherungskonzept«

Die Körperschaften wehren sich dagegen, dass die Höhe des von ihnen zu zahlenden Solidarbeitrages nun ausschließlich nach der Höhe des Gewerbesteueraufkommens berechnet wird. Bisher war zur Beurteilung der Finanzkraft der Kommunen auch das Aufkommen bei der Einkommens-, Umsatz- und Grundsteuer berücksichtigt worden. „Vier Säulen tragen mehr als eine", sagt dazu Bernd Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW. „Aus sachlicher Sicht spricht mehr für die frühere Lösung", fügt er hinzu. Die Landesregierung sieht die neue Regelung als einen Akt der Solidarität gegenüber strukturschwachen Kommunen wie etwa Duisburg.

„Es kann nicht sein, dass Kommunen mit einer höheren Wirtschaftskraft härter belastet werden", sagt hingegen Bernd Jostkleigrewe (CDU), Bürgermeister von Rheda-Wiedenbrück. Sein parteiloser Amtskollege Klemens Keller aus Borgholzhausen nennt das neue Gesetz „eine Bestrafung für alle, die erfolgreiche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik machen". Gut 200.000 Euro fehlen der Stadt Borgholzhausen allein im Haushaltsjahr 2006 wegen der neuen Erhebungspraxis. „Es droht uns das Abrutschen in ein Haushaltssicherungskonzept", fürchtet Keller. Alle freiwilligen Ausgaben – in Borgholzhausen pro Jahr 160.000 Euro – kämen auf den Prüfstand, Reparaturen von Straßen oder Schulen müssten aufgeschoben werden. Keller: „Die Zitrone ist ausgequetscht."

Die Stadt Bielefeld gehört zwar nicht zu den klagenden Kommunen, doch auch sie hätte nach der alten Berechnungspraxis für 2006 insgesamt 3,7 Millionen Euro mehr in der Kasse. Gegen den Erhebungsbescheid nach dem neuen Gesetz habe man Widerspruch eingelegt, so Joachim Berens, Chef der Stadtkämmerei, auf Anfrage. Dieser sei nun bis zum Abschluss der Verfassungsbeschwerde nicht rechtswirksam.

Top-Level-Domain für Handyinhalte

Ab dem 26.09.2006 steht eine neue Top-Level-Domain (TLD) zur Verfügung. Die Homepage-Endung „.mobi“ verspricht Internetsurfern, ausschließlich für mobile Endgeräte (Handys, Smartphones etc.) optimierte Inhalte anzubieten. Die ersten deutschen Anbieter, die schon in der vorangegangenen Registrierungsphase für Markeninhaber Internetadressen reservierten, sind Neckermann (www.neckermann.mobi) und BMW (www.bmw.mobi). Neckermann bietet damit die Möglichkeit, über für Handys optimierte Internetseiten mehr als 200.000 Produkte online zu bestellen. BWM stellt auf seinem Angebot den neuen 3er-BMW vor, bietet aber auch Informationen zu weiteren Modellen. Weitere Infos zur TLD stehen beim Registrar unter http://pc.mtld.mobi bereit.

IT-NEWS
zusammengestellt von
Dr. iur. Lutz Gollan,
IT-Referent beim StGB NRW,
e-Mail: Lutz.Gollan@nwstgb.de

Deutsche nutzen zunehmend das Internet

Nach den aktuellen Ergebnissen des „(N)Onliner Atlas 2006“ (www.nonliner-atlas.de) ist die Zahl der Internetnutzer in Deutschland innerhalb eines Jahres um drei Prozent auf 58 Prozent gestiegen. Damit wären zuletzt 37,8 Mio. Menschen über 14 Jahren im Internet aktiv gewesen. Zusätzlich, so die Studie, beabsichtigen in den kommenden zwölf Monaten rund vier Mio. Bundesbürger, ebenfalls das Internet zu nutzen. „Nonliner“ sind nach wie vor mehrheitlich Frauen, haben geringere formale Bildung sowie ein niedrigeres Einkommen und sind im Durchschnitt immer älter.

Marke „Gelbe Seiten“ wackelt

Nach einem zweijährigen Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) scheint die Marke „Gelbe Seiten“ gefährdet. Ein Konkurrent der DeTeMedien GmbH, eine Tochter der Deutschen Telekom, hatte gefordert, dass die Marken „Gelbe Seiten“ und „Yellow Pages“ wegen Allgemeingültigkeit des Begriffs gelöscht werden. Das DPMA (www.dpma.de) hat dem Antrag entsprochen. Jedoch will die bisherige Markeninhaberin, die DeTeMedien, dagegen Rechtsmittel einlegen. Insbesondere im Internet verwenden viele Homepages die Begriffe für Branchenbücher, ohne von der DeTeMedien lizensiert zu sein.

Aus ATI wird AMD

Nachdem im Juli 2006 der Prozessorhersteller AMD den Grafikkartenproduzenten ATI übernommen hatte, wurde bekannt, dass die Marke ATI wahrscheinlich abgelöst und durch „AMD“ ersetzt wird. AMD hatte den kanadischen Grafikchip-Spezialisten für 5,4 Mrd. US-Dollar übernommen. Damit verfügt auch der US-Konzern über Kompetenz und Produkte im Grafikbereich. Der Prozessorkonkurrent Intel stellt schon seit längerer Zeit Grafik-Chipsätze her.

PC-Flaute in Deutschland

Während die Zahl der Internetnutzer in Deutschland steigt, sinken die PC-Verkäufe. Medienberichte zufolge (z.B. http://tinyurl.com/eb35s) schrumpften erstmals seit vier Jahren die Gesamtverkaufszahlen. Der Rückgang beliefe sich auf vier Prozent. Besonders betroffen seien der Aldi-Ausrüster Medion (Rückgang um ein Drittel) und Acer (-7,5 Prozent). Dell und Hewlett-Packard konnten hingegen zweistellig zulegen. Die Flaute werde vermutlich bis 2008 anhalten. Neben der Sättigung des Marktes sei auch die gestiegene Zuverlässigkeit der Geräte ein Grund für die sinkende Nachfrage.

fektiver einzusetzen und die technischen Möglichkeiten für ein aussagekräftiges Controlling sowie die damit einhergehenden Steuerungsansätze besser zu nutzen. Synergieeffekte liegen auch darin, Forderungen personengebunden zusammenzuführen und „aus einer Hand“ zu bearbeiten.

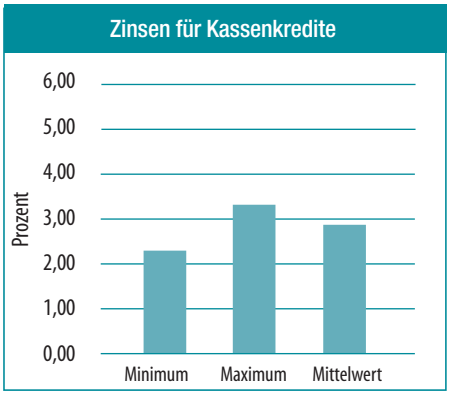
Stimmt die Kommunikation mit anderen Verwaltungsbereichen, ist wirtschaftliches Handeln wesentlich einfacher. Unerlässlich sind daher klare Regelungen, damit ausreichend Vorlaufzeit vorhanden ist, Geld „locker“ zu machen, wenn große Rechnungen anstehen. Andererseits sollten Zinsvorteile genutzt und größere Beträge auch nicht zu früh abgerufen werden.

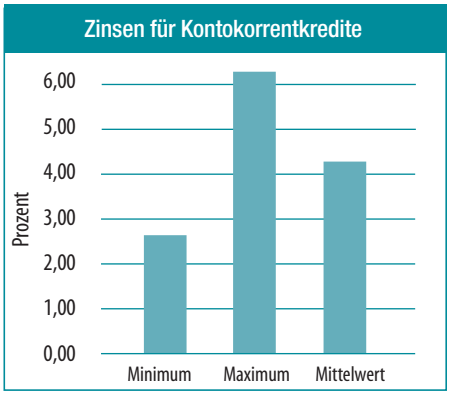
Nicht jede Forderung lässt sich letztlich in „Bares“ umwandeln. Dort, wo die Einziehung einer Forderung nicht realistisch ist, sollte daher von der Niederschlagung Gebrauch gemacht werden. Nur so liefert die Information „Kasseneinnahmerest“ brauchbare Steuerungshinweise. Noch wird dieses Instrument wenig eingesetzt. In Zeiten von NKF ist die Einschätzung und Ausweisung realistischer Forderungen aber unerlässlich.

KOOPERATION VON KOMMUNEN

Bei der Durchsetzung von Forderungen bis hin zum Eintrag ins Grundbuch ist einschlägiges und detailliertes Fachwissen erforderlich. Da liegt es nahe, Kooperationen zwischen mehreren Kommunen einzugehen. So können auch kleine Gemeinden von einem gebündelten Know-how profitieren. Eine solche Kooperation ist der Kommunalkassenverband in Bedburg-Hau. Peter Driessen, Bürgermeister von Bedburg-Hau und Vorsteher des Zweckverbandes, freut sich beispielsweise über wesentlich günstigere Konditionen für seine Mitglieder auf dem Geldmarkt, als dies eine einzelne Gemeinde erzielen würde.

Seit Ende 2004 hat die GPA NRW die kommunalen Kassen in mehr als 130 Städten und Gemeinden untersucht. Informationen werden gesammelt, komprimiert und kontinuierlich an die kommunale Familie zurückgegeben. Derzeit führt die GPA NRW Kassenprüfungen - im Regelfall - in Kommunen durch, die kein eigenes Rech-





Kontokorrentkredite kommen die Kommunen meist teurer als Kassenkredite ▶

nungsprüfungsamt haben. Kommunen, die darüber hinaus Interesse an einer vergleichenden Untersuchung haben, können sich an die GPA NRW wenden. Dies ist keinesfalls die Ausnahme. Auch wenn Kassenprüfungen unvermutet anstehen, müssen die betroffenen Gemeinden nicht befürchten, dass die Prüfer ausgerechnet dann kommen, wenn die Kassenleitung im Urlaub ist.

Nicht die „Suche nach den verschwunden drei Cent“ steht bei den GPA-Untersuchungen im Vordergrund, sondern die tatkräftige Unterstützung durch Informationen, die in der Praxis weiterhelfen. Die spannende gestalterische Seite des Geld Verwaltens ist gerade in Zeiten finanzieller Engpässe ein wichtiger Beitrag zu wirtschaftlichem Handeln - und eine große Herausforderung für die Akteure in den Kommunen.

KONAKT
GPA NRW
Beratung • Prüfung • Service
Marianne Wolf
Heinrichstraße 1
44623 Herne
Tel. 02323-1480-213
Fax 02323-1480-333
E-Mail: marianne.wolf@gpa.nrw.de
Internet: www.gpa.nrw.de

Aus für private Sportwetten in NRW

Die Vermittlung von Sportwetten an private Wettveranstalter darf mit sofortiger Wirkung untersagt werden (nichtamtlicher Leitsatz).

OVG NRW, Beschluss vom 28. Juni 2006
- Az.: 4 B 961/06

Der 4. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat in einem von etwa 200 Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes entschieden, dass die Vermittlung von Sportwetten an private Wettveranstalter mit sofortiger Wirkung untersagt werden darf.

Das staatliche Monopol für Sportwetten in Nordrhein-Westfalen entspreche derzeit zwar nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen, die sich aus dem Grundrecht der Berufsfreiheit ergäben. Das habe das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 28.03.2006 - 1 BvR 1054/01 - hinsichtlich der Rechtslage in Bayern festgestellt. Dies gelte für die Gesetzeslage in NRW entsprechend. Das Bundesverfassungsgericht habe es in seinem Urteil aber zugelassen, dass bei Beachtung bestimmter Maßgaben durch die staatlichen Wettveranstalter die private Veranstaltung von Sportwetten und die Vermittlung solcher Wetten weiterhin ordnungsbehördlich unterbunden werden. Diese Möglichkeit besteht nach Ansicht des OVG auch in NRW, nachdem das Innenministerium NRW der Firma Westlotto in Münster als staatlicher Veranstalterin von Sportwetten eine Vielzahl von Maßnahmen aufgegeben hat, die eine Beschränkung des Wettangebots, der Werbung für Sportwetten sowie der Vertriebswege und Maßnahmen der Spielsuchtprävention zum Gegenstand haben. Die Firma Westlotto habe mit der Umsetzung der Maßnahmen bereits begonnen.

Der Untersagung der Vermittlung von Sportwetten an private Wettveranstalter im europäischen Ausland stehe derzeit auch nicht die im EG-Vertrag gewährleistete Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit entgegen. Die gegenwärtige Rechtslage in NRW widerspreche diesen Vorschriften des Gemeinschaftsrechts zwar in der gleichen Weise wie dem Grundrecht der Berufsfreiheit. Gleichwohl seien die Vorschriften, die das staatliche Sportwettenmonopol in NRW begründeten, vorübergehend weiter anwendbar, bis der Gesetzgeber eine europarechtskonforme Regelung für den Sportwettensektor erlassen habe. Ein freier Zugang zu diesem Markt für private Sportwettenveranstalter berge unter den Gesichtspunkten der Spielsucht, des Verbraucherschutzes sowie der typischen Begleit- und Folgekriminalität von Glücksspielen erhebliche Gefahren für wichtige Allgemeininteressen. Zur Abwehr dieser Gefahren sei es nötig, die bestehenden Rechtsvorschriften vorübergehend weiter anzuwenden.

Nachdem das OVG mit diesem Beschluss eine vorläufige Klärung der Rechtslage in NRW herbeigeführt hat, geht es in den weiteren bei ihm anhängigen Beschwerdeverfahren der Sportwettenvermittler, deren Rechtsschutzanträge durch die Verwaltungsgerichte abgelehnt worden sind, nicht mehr davon aus, dass die Behörden vor einer Vollziehung der Untersagungsverfügungen eine Entscheidung über die jeweilige Beschwerde abwarten. Mit dem Beschluss sind die Voraussetzungen dafür entfallen, die aufschiebende Wirkung der von den Sportwettenvermittlern eingelegten Rechtsbehelfe bis zu einer Entscheidung in dem jeweiligen Beschwerdeverfahren vorübergehend anzuordnen bzw. wiederherzustellen, wie dies bisher in Einzelfällen geschehen ist.

Abfallentsorgung im Wald

Waldeigentümer und Waldbesitzer sind für die Entsorgung von Abfall, den andere im Wald ablegen, nicht verantwortlich (nichtamtlicher Leitsatz).

OVG NRW, Urteil vom 13. Juni 2006
- Az.: 13 A 632/04

Im März 2002 wurden in einem Wald im Märkischen Kreis Schlachtabfälle und 35 Körperviertel von Hühnern gefunden. Unbekannte hatten diese Tierabfälle in einem Plastiksack verpackt dort abgelegt. Der Landrat des Märkischen Kreises (Beklagter) forderte den Eigentümer des Waldes (Kläger) auf, eine Entsorgungsfirma mit der Beseitigung der Tierkörperteile zu beauftragen und die Tierkörperteile bis zur Abholung durch die Entsorgungsfirma sachgerecht zu verwahren. Weil der Kläger dieser Ordnungsverfügung nicht nachkam, ließ der Beklagte die Tierabfälle im Wege der Ersatzvornahme zunächst durch die Stadt Lüdenscheid verwahren und sodann von einer Beseitigungsfirma beseitigen. Dafür forderte er später vom Kläger Ersatz der entstandenen Kosten von 200,24 EUR. Nach erfolglosem Widerspruchsverfahren erhob der Kläger Klage beim Verwaltungsgericht Arnsberg, das seiner Klage im Wesentlichen stattgab. Dagegen legte der Beklagte Berufung ein, die das OVG nunmehr zurückgewiesen hat.

GERICHT IN KÜRZE

zusammengestellt von Hauptreferent Andreas Wohland, StGB NRW

Nach dem Tierkörperbeseitigungsrecht habe der Besitzer eines Grundstücks, auf dem fremde oder herrenlose Tierkörper anfallen, lediglich die Pflicht, dies der zuständigen Tierkörperbeseitigungsanstalt oder dem Beseitigungspflichtigen zu melden. Darüber hinaus sei jedenfalls der Waldeigentümer und Waldbesitzer nicht verpflichtet, die Tierkörper zu verwahren und für ihre Beseitigung zu sorgen. Er habe nämlich nicht die erforderliche tatsächliche Gewalt über die im Wald lagernden Abfälle. Denn er könne mit Rücksicht auf das Waldbetretungsrecht der Allgemeinheit sein Grundstück weder rechtlich noch tatsächlich dem Zutritt der Allgemeinheit entziehen. Wenn die Rechtsordnung einem Grundstückseigentümer/Grundstücksbesitzer im Allgemeininteresse die Last der freien Zugänglichkeit seines Grundstücks auferlege, müsse die Allgemeinheit auch für die Beseitigung des Abfalls sorgen, der infolge des Waldbetretungsrechts im Wald anfalle. Dementsprechend sehe das Landesforstgesetz vor, dass Abfälle im Wald auf Kosten des Landes durch die Forstbehörde oder auf deren Veranlassung eingesammelt und den einsammlungspflichtigen Entsorgungsträgern übergeben werden.

Das OVG hat die Revision zum Bundesverwaltungsgericht nicht zugelassen. Dagegen ist die Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht möglich.

Beseitigung von Kriegsmunition

Der Bund muss den Ländern die erforderlichen Kosten für die Beseitigung von ehemals reichseigenen Kampfmitteln auch auf Grundstücken, die nicht dem Bund gehören, in voller Höhe erstatten (nichtamtlicher Leitsatz).

BVerwG, Urteil vom 14. Juni 2006
- Az.: 3 A 6.05

Das Land Sachsen-Anhalt und der Bund stritten darüber, in welchem Umfang der Bund zur Übernahme von Kosten für die Beseitigung von ehemals reichseigenen Kampfmitteln verpflichtet ist.

Im Jahre 2000 kam es in einem nicht bundeseigenen Waldgebiet zu großflächigen Waldbrän-

den, bei denen zahlreiche Kampfmittel detonierten, die Soldaten der Wehrmacht auf ihrem Rückzug gegen Ende des Zweiten Weltkrieges dort zurückgelassen hatten. Im Zuge der daraufhin auf einer Fläche von etwa 460.000 m² durchgeführten Beräumung wurden etwa 7,3 Tonnen Munition geborgen. Hierfür musste das klagende Land einen Betrag von ca. 370.000 DM aufwenden. Die Beklagte erstattete diesen Betrag mit Ausnahme der noch streitigen Summe von 3.326,38 €. Diese betrifft Kosten für Vor- und Nebenarbeiten im Zusammenhang mit der Beräumung wie die Beseitigung von Bewuchs und Totholz in Trichter- und Grabenbereichen sowie das Einebnen von Grabungsstellen. Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt klargestellt, dass die Verpflichtung des Bundes, die Kosten der Kampfmittelbeseitigung zu tragen, sich unmittelbar aus dem Grundgesetz ergibt; es handelt sich nicht um eine freiwillige Leistung ohne Rechtspflicht. Diese Pflicht umfasst die vollen Kosten der Beseitigung einschließlich der hier streitigen Arbeiten.

Klagebefugnis gegen Zulassung eines Braunkohlentagebaus

Eigentümer von Grundstücken, die für einen Braunkohlentagebau in Anspruch genommen werden sollen, können schon gegen die Zulassung eines Rahmenbetriebsplans, der diesen Tagebau zum Gegenstand hat, klagen (nichtamtlicher Leitsatz).

BVerwG, Urteil vom 29. Juni 2006
- Az.: 7 C 11.05

Der Kläger wandte sich gegen einen Bescheid, durch den das beklagte Bergamt einen bergrechtlichen Rahmenbetriebsplan des beigeladenen Bergbauunternehmens zugelassen hat. Der Rahmenbetriebsplan hat den Braunkohlentagebau Garzweiler im Zeitraum von 2001 bis 2045 zum Gegenstand. Er sieht unter anderem vor, dass der gesamte Heimatort des Klägers und damit auch dessen Hausgrundstück für den Tagebau in Anspruch genommen werden. Das Grundstück des Klägers soll voraussichtlich im Jahre 2017 abgebaggert werden. Seine Klage wurde mit der Begründung abgewiesen, er werde durch den Rahmenbetriebsplan noch nicht in eigenen Rechten verletzt. Dass sein Heimatort und damit auch sein Grundstück für den Tagebau nicht in Anspruch genommen werden dürften, könne er erst gegenüber seiner späteren bergrechtlichen Enteignung geltend machen. Mit seiner Revision machte der Kläger geltend, zum Zeitpunkt der Enteignung seien durch den herangerückten Tagebau und die bereits weitgehend abgeschlossene (freiwillige) Umsiedlung des Ortes vollendete Tatsachen geschaffen und ein effektiver Rechtsschutz nicht mehr möglich.

Das Bundesverwaltungsgericht gab der Revision statt: Das Bergamt habe schon bei der Zulassung des Rahmenbetriebsplans zu prüfen, ob öffentliche Interessen einer Inanspruchnahme von Grundstücken für den Tagebau entgegenstehen. Die großflächige Inanspruchnahme von Grundstücken mit der Umsiedlung zahlreicher Menschen unter vollständiger Umgestaltung der Landschaft könne öffentlichen Interessen widersprechen, wenn das Abbauvorhaben nicht durch die Notwendigkeit gerechtfertigt sei, den dort anstehenden Bodenschatz zur Sicherung der Rohstoffversorgung abzubauen. Diese Prüfung diene gleichzeitig auch den Interessen des einzelnen Grundstückseigentümers, auf dessen Eigentum sonst zugegriffen werden müsste. Weil das OVG von seinem abweichenden Standpunkt aus die Zulassung des Rahmenbetriebsplans nicht in der Sache auf Rechtsfehler nachgeprüft hat, verwies das Bundesverwaltungsgericht die Sache an das OVG zurück.

Emil Frank (Foto), Bürgermeister der Gemeinde Aldenhoven, begeht am 1. Oktober 2006 sein 50-jähriges Dienstjubiläum. Der 67-Jährige trat am 1. Oktober 1956 in den Dienst des damaligen Amtes Ibbenbüren ein. Für 17 Jahre war er beim Amt Harsewinkel tätig und legte 1965 an der Verwaltungsakademie Ostwestfalen-Lippe sein Kommunal-Diplom ab. 1979 wechselte er zunächst als stellvertretender Gemeindedirektor und Baudezernent zur Gemeinde Kerken und 1991 als Gemeindedirektor zur Gemeinde Aldenhoven. Seit dem 1. Oktober 1999 ist Frank, der parteilos ist, dort hauptamtlicher Bürgermeister.

Dr. Dieter Licht, früherer Beigeordneter des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, ist wenige Tage vor Vollendung seines 75. Lebensjahres verstorben. Der Volljurist Licht kam im Februar 1962 als Referent zum Verband und wurde später zum Beigeordneten gewählt. 1978 wechselte er als Beigeordneter zur Stadt Düsseldorf. Dort war er zunächst zuständig für die Feuerwehr, den Zivilschutz, das Garten-, Friedhofs- und Forstamt sowie die Stadtreinigung und das Fuhramt. Von 1988 bis zu seinem Ruhestand 1990 war er Umweltdezernent der Landeshauptstadt.

IMPRESSUM

STÄDTE- UND GEMEINDERAT
Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Herausgeber
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211/45 87-1
Fax 0211/45 87-211
www.kommunen-in-nrw.de

Hauptschriftleitung
Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernd Jürgen Schneider

Redaktion
Martin Lehrer M. A. (Leitung)
Telefon 0211/45 87-230
redaktion@kommunen-in-nrw.de
Barbara Baltsch
Debora Becker (Sekretariat)
Telefon 0211/45 87-231

Abonnement-Verwaltung
Stephanie Hilkhausen
Telefon 0211/4587-1
stephanie.hilkhausen@kommunen-in-nrw.de

Anzeigenabwicklung
Krammer Verlag Düsseldorf AG
Hermannstraße 3 • 40233 Düsseldorf
Telefon 0211/91 49-4 05
Fax 0211/91 49-4 80

Layout
KNM Krammer Neue Medien
www.knm.de

Druck
K-DRUCK Kerbusch GmbH & Co. KG
Hocksteiner Weg 38
41189 Mönchengladbach

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Das Einzelheft kostet 5,- €. Ein Jahresabonnement kostet einschließlich Inhaltsverzeichnis 49,- €. Die Bezugsgebühren werden im dritten Quartal des Kalenderjahres durch besondere Rechnung eingezogen. Bestellungen nur beim Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, 40474 Düsseldorf, Kaiserswerther Straße 199-201. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Kalenderjahres möglich. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342 - 6106

THEMENSCHWERPUNKT OKTOBER ABWASSER